



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen den braunen Mord!

Machtvolle Demonstration der Neuköllner Arbeiterschaft

Am 12. Januar, in der neunten Abendstunde, sind zwei Neuköllner Jungbannerkameraden an der Ecke von Thomasstraße und Mittelweg von mehr als einem Duzend ausgewachsener uniformierter SA-Leute niedergeschlagen worden. Beide, Kurt Frenzel aus der Kofeggerstraße und Hermann Valle aus der Kaiser-Friedrich-Straße, sind fünfzehnjährige, vor Dreizehntagesfahren etwa aus der Schule entlassene, schwächliche, noch in der Entwicklung stehende Proletarierkinder der Notzeit, in der wir leben. Beide sind ohne Lehrstelle, und abends gingen sie, um ihrer Not zu entfliehen, in die Neuköllner Turnhalle zur Übungsstunde des Jungbanners. Die beiden haben keinem Menschen etwas getan. Aber als sie nach Hause gingen, sind sie von einer braunen Horde überfallen und niedergeschlagen worden. Der eine liegt mit von Schlagringelbeilen zerfetztem Gesicht, mit von Dolchschliffen zerbohrter Lunge im Krankenhaus. Noch heute bangt man um sein Leben. Der andere, weniger getroffen, aber auch ohne jeden Grund niedergeprügelt, ist glücklicherweise außer Gefahr.

Die Neuköllner Arbeiterschaft hatte für gestern abend zu einem öffentlichen Umzug gegen das Wüten der braunen Mordbanditen aufgerufen, der sich zu einer hinstreichenden Demonstration des Kampfwillens der Berliner Proletarier gestaltete.

An dem kalten Winterabend versammelten sich an der Schillerpromenade die Genossen, die alten und jungen, die Reichsbannerkameraden und die Freunde und Freundinnen von der Arbeiterjugend, vorne die roten Kampf- und Freiheits-

fahnen und, auf den Zug verteilt, die Kapellen von Reichsbanner und SA, die unermüdlich spielten, und dazwischen die Sportler, die Frauen, die keine Januarwitterung schreckt. Als der Zug von der Spitze bis zum Ende sich in Bewegung gesetzt hat, ist vom Augenblick an, in dem die Musik ihr sozialistisches Kampfsied ertönen ließ, bis zu dem Augenblick, an dem das Ende in die Steinmeyerstraße einbog, nahezu eine halbe Stunde vergangen. Aber während des Marsches, der sich über die Hermann-, Jonas- und Bergstraße zum Hohenzollernplatz und dann über den Richardplatz zum Herzbergplatz bewegt, reihen sich in die Kolonnen immer wieder Arbeiter und Arbeiterinnen ein.

Das sind die Menschen, die nicht zur Zeit an der Schillerpromenade sein konnten, weil sie noch in den Betrieben arbeiteten, aber sie gliedern sich ein, weil sie dabei sein wollen bei dem Protest ihrer Klassengenossen gegen blutigen Mord und schändlichen Ueberfall, weil sie vor allen Dingen aber auch ihren Brüdern, den allzuvielen ausgemergelten und abgerissenen arbeitslosen Genossen und Kameraden das Gelübnis der Solidarität ablegen wollen — jenen Genossen, denen der Kampf für die Freiheit höher steht als schwerste Not.

Wohl ebenso groß wie die Zahl der im Zuge Marschierenden ist die Menge einzuschätzen aller derer, die auf den Bürgersteigen mit einher-schreiten oder die aus Läden, Geschäften und Häusern heraus die Kolonne der Neuköllner Arbeiterschaft mit Freiheit-Rufen und Sympathieandebungen begrüßt.

Man hat gestern nur sehr wenig ablehnende Äußerungen aus dem Publikum gehört, und wenn die Braunen überhaupt bemerkbar waren,

dann rührten vielleicht von ihnen die schrillen, aber bald verstummten Pfiffe, die aus einer Seitenstraße her ertönten, aus dem gleichen Dunkel heraus, das es ihnen ermöglicht hatte, zwei harmlos des Weges gehende Arbeiterjungen am vergangenen Donnerstag niederzuknüppeln!

Als der lange Zug dann an seinem Ziel, auf dem Herzbergplatz, Aufstellung genommen hatte, wies

Genosse Harnisch

in einer kurzen, von tiefstem Ernst getragenen Rede darauf hin, daß am gleichen Tage 24 Stunden zuvor die braunen Garden Adolf Hitlers aufmarschiert wären. Noch einmal charakterisierte Harnisch die furchtbare Bluttat, die Neuköllns Arbeiterschaft in höchste Erregung versetzt hatte. Man hatte diese Erregung gespürt, vor allem auch in den Reihen, die während des Marsches, nicht schablonenhaft, sondern aus tiefstem Zorn heraus, immer wieder ertönten waren. Es war allerdings ein disziplinierter Zorn, wie er der Arbeiterschaft eignet, und kein aus sinnloses Wüten eingestelltes braunes Banditentum. In straffen, markanten Sätzen kennzeichnete Harnisch den braunen Irrweg der letzten Jahre, der durch Blut und wieder Blut dann von Potempa bis zum Aufschrei der Mutter des von brauner Feme gemordeten SA-Mannes Henrich und bis zu den Ereignissen unserer Tage geführt hat. Weg des Nordes, Weg der Schande, aber die Kraft, die Nord und Schande überwinden wird, ist die organisierte Arbeiterschaft, die ihre Bahn geschritten ist über Bismarck und Wilhelm, die sie weiter schreiten wird auch über Hitler hinweg.

Als aus Tausenden von Rehlen der Freiheitsruf erklang, da war es wie ein Gelächris an Tote und Verwundete, an Lebende und Werdende!

Gegen die Parasiten!

Der zweite Befreiungskrieg

Von Anton Erkelenz

Noch einmal müssen wir den Kampf um des deutschen Volkes Freiheit kämpfen. Vergeblich war 1918 nicht, als wir Deutschland vor dem Zerfall retten mußten, nachdem Hohenzollern und Ostelbier es in tiefste Schmach gestürzt. Aber indem wir Deutschland wieder aufbauten, das deutsche Volk handlungs- und regierungsfähig machten, gaben wir auch den Parasiten wieder die Möglichkeit, aufzuerstehen und sich breit zu machen. Sie schüttelten ihre Schuld und ihre Schulden ab, wagten es, uns, die wir Millionen Tote im Weltkrieg geopfert, die Verantwortung am Zusammenbruch zuzuschreiben. Nein, 1918/19 in Weimar, das war noch keine Entscheidungsschlacht. Der zweite Kampf um die Freiheit und Demokratie steht noch vor uns! Er wird nicht weniger opferreich sein als der erste.

Das deutsche und besonders das preussische Volk leidet seit Jahrhunderten unter der Herrsch- und Habucht einer im wesentlichen parasitären Adelsklasse. Sie haben das alte Reich zerspalten und zerschlagen. Sie haben das deutsche Volk hundert Jahre und länger daran gehindert, sich zu einigen und sich an die Spitze der europäischen Zivilisation und Kultur zu stellen. Als die Einigung, die Erneuerung des Reiches nicht mehr zu verhindern war, haben sie sich wirtschaftlich erst recht am Volk bereichert, während sie es politisch entrechtet und geistig verblödet haben. In England zum Beispiel hat die Adelsklasse ihre bevorrechtigte Stellung damit erkauft, daß sie dem Volk und dem Lande diente. Eigentlich ist es der englische Adel, der jetzt für den Weltkrieg bezahlen muß. Das preussische Junkertum hat dem Staate gebietet nur vor einigen hundert Jahren, wobei selbst dieser Dienst am preussischen Staat eine Bereicherung der deutschen Nation zur Folge hatte. Seitdem ernähren sie sich nur noch vom Staat und vom Volke.

Sie haben sich von Volk und Staat ernährt unter der Monarchie, wenn sie sich als die „Paladine Seiner Majestät“ feiern ließen. Sie haben sich gefättigt im Kriege, obgleich der Januschauer verkündete, daß er sein Land brach liegen lasse. Und nun ernähren sie sich von Staat und Volk in der Republik. Röhren sich recht gut. Vor den Türen des Herrn Bracht und seinesgleichen wartet ein ganzes Heer von Stellenjägern. Von einem Gardestellenjägerbataillon darf man schon nicht mehr reden. Da steht eine Division, ein Armeekorps. Wenn die Väter und die erstgeborenen Söhne Güter „gesichert“ erhalten, müssen die nachgeborenen Söhne oder ihre Geistesgenossen wenigstens als Minister oder General gesichert werden. Da ist der Staat nichts anderes als eine Sicherung oder Versicherung der Versorgung. Wie konnten da Braun, Severing sich anmaßen, sich in Sessel zu setzen, die diesen hohen Herren gehören! Knecht muß Knecht bleiben.

Da hat die Reichsführung seit Jahren alle Regierungen gezwungen, eine Agrarpolitik zu machen, die nicht nur zu allen „nationalen“ Bedürfnissen Deutschlands in Widerspruch steht, sondern wirtschaftlich unsinnig ist. Diese Politik hilft nicht mal der Landwirtschaft, dem Bauern, dem mittleren Besitzer. Sie hilft nur den „Triartern Seiner Majestät“. Dank hat dafür niemand geerntet, nicht Dietrich, nicht Brüning, nicht Stegerwald, nicht Schleicher, nicht der hohe Olymp. Sie waren zu ihrer Zeit alle gut genug, Werkzeug zu sein für

Amerika und Fernost

Angebliches Eingreifen Präsident Hoovers

London, 16. Januar.

Die „Exchange Telegraph Company“ erzählt aus sehr zuverlässiger amerikanischer Quelle in Genf, Präsident Hoover habe den Londoner USA-Botschafter Mellon angewiesen, dem englischen Außenministerium mitzuteilen, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung in der Behandlung des chinesisch-japanischen Streitfalles bereits zuviel Zeit durch den Völkerbund verloren, alle Maßnahmen für eine Veröhnung fehlergeschlagen seien und der Völkerbund nunmehr in Uebereinstimmung mit seinem Statut handeln sollte. Mellon werde diesen Auftrag Montag oder Dienstag ausführen. Wie man glaube, habe auch der Pariser Botschafter Edge ähnliche Anweisung erhalten, die er dem Quai d'Orsay mitteilen solle.

Nordamerika gehört dem Völkerbund nicht an und darum kann es die Mahnung zur Tot wohl an führende Völkerbundsmächte zur Vertretung in Genf richten.

Washington, 16. Januar.

Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß Stimson auf Grund der amerikafeindlichen japanischen Pressepropaganda den Botschafter in Tokio dahin unterrichtet habe, daß die in Japan umlaufenden Gerüchte über amerikanische Waffenlieferungen und Anleihen an China im Falle der Kriegserklärung völlig unbegründet seien. Der Botschafter hat darauf in Tokio einen entsprechenden Bericht veröffentlicht.

Der Völkerbund auf dem Rückzug

Genf, 16. Januar.

Der 19er-Ausschuß des Völkerbundes ist zur Weiterbehandlung des chinesisch-japanischen Konfliktes wieder zusammengetreten. Vorsitzender ist

Außenminister Hymans. Belgien; Deutschland ist durch den Gesandten von Keller vertreten. Am 19. Dezember hatte man Entschlieungen gefaßt, die aber von beiden Parteien abgelehnt worden sind. Nun ist es, insbesondere durch die Bemühungen Sir Eric Drummonds gelungen, die Zustimmung der Japaner dadurch zu erlangen, daß in den Resolutionen entsprechend den japanischen Wünschen nicht unwesentliche Änderungen vorgenommen worden sind, u. a. die, daß

Amerika und Rußland nicht in die Vermittlungsaktion einbezogen werden und die auf Mandchukuo bezüglichen Teile der Entschlieungen weggelassen sollen.

Chinesischen Abänderungsanträgen ist nicht Folge geleistet worden. Der chinesische Chefdelegierte Dr. Yen hat in einem scharfen Schreiben an Hymans gegen die unfaire handlungswiese Einspruch erhoben, daß man diese (japanischen) Änderungen den Chinesen nicht einmal vorher mitgeteilt hat, und erklärt, daß diese Änderungen das Schlichtungsverfahren für China unannehmbar machen.

Darauf erklärte Präsident Hymans, die Kommission müsse sich im Falle des Scheiterns dieses letzten Versuchs darauf vorbereiten, einen Bericht mit Lösungsvorschlägen aufzustellen, die nach Artikel 15 Absatz 4 des Völkerbundsstatutes den Parteien auferlegt würden mit allen Konsequenzen von Zwangsmahnahmen. Der Ausschuß hat sich abermals um zwei Tage vertagt.

Chinas Abwehrmaßnahmen

Tokio, 16. Januar.

Die japanische Presse teilt mit, daß sich auf der Strecke zwischen Hankau und Peking über 25 Züge mit chinesischen Truppentransporten befinden. Marschall Tschiangkaiſchek soll erklärt

haben, daß er 200000 chinesische Truppen zusammenbringen werde, um dem japanischen Vormarsch Widerstand zu leisten. Im Zusammenhang mit der Konzentration chinesischer Truppen zwischen Tientsin und Peking hat das japanische Oberkommando beschloffen, die japanischen Truppen bei Schanhaiwan um zwei neue Brigaden zu verstärken.

Kommunistenangebot an Nanking

Schanghai, 16. Januar.

Die Führer der kommunistischen Armeen in China haben ein Manifest veröffentlicht, worin sie ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, gemeinschaftlich mit den Regierungstruppen die japanische Invasion zu bekämpfen unter der Voraussetzung, daß die militärischen Operationen gegen die kommunistischen Distrikte Chinas sofort unterbrochen und der Bevölkerung „volle demokratische Rechte“ zugestanden werden.

Rußland an Japan

Außenkommissar Litwinoff hat dem japanischen Botschafter in Moskau erklärt, daß die Ausführungen Stalins (in der Plenartagung der kommunistischen Parteileitung) über die Verteidigungsbereitschaft der Sowjetunion gegen Angriffe vom Ausland in keiner Weise gegen Japan oder andere Staaten gerichtet seien. Rußland braucht eben Ruhe zum Aufbau und zur Ueberwindung seiner ungeheuren Schwierigkeiten.

Stubenrauch-Prozeß

Nochmals Prozeß gegen Nazi-Mädchenmörder

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 16. Januar.

Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil im Stubenrauch-Prozeß Revision eingelegt. Der Mädchenmörder Stubenrauch wurde in dem Prozeß zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, während seine Komplizen freigesprochen wurden.

Parole: Handelskrieg!

Handelspolitik nach dem Muster des Landbundgrafen Kalkreuth

man versuchen, die Folgen auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen.

Der lachende Dritte

England verdrängt unseren Export

Ueber die ernste Situation, die durch den deutsch-schwedischen Konflikt geschaffen worden ist, wird uns aus Stockholm geschrieben:

„Seit dem Jahre 1870 kämpften Deutschland und England um die nördlichen Märkte. Während England leghin durch Veranstaltung besonderer Exportmessen und den Besuch des englischen Kronprinzen kräftig für seine Sache zu werben verstand, hat die deutsche „Tomatenkommission“ mit ihren Aktenmappen voll drohender Kontingente viel, sehr viel verdrängt. Die handelspolitische Kraftmehrer der gegenwärtigen Regierung in Deutschland richtet weiteren Schaden für den deutschen Export an. Der deutschen Industrie war es in einem zähen Kampf, der ein halbes Jahrhundert erforderte, gelungen, die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in Skandinavien zu begründen. 1870 stand England an erster Stelle unter den Ländern, die Waren nach den nördlichen Ländern importierten; Deutschland nahm nur die vierte Stelle ein. Im Jahre 1931 war Englands Anteil an dem Import nach Skandinavien auf ein Siebentel des gesamten Imports gesunken. Deutschlands Anteil hat sich aber auf ein Drittel gesteigert. Jetzt ist man dabei, diesen beispiellosen Erfolg zu zerbrechen. Die deutsche Handelspolitik, wie sie jetzt ausschaut, leistet Arbeit für die Engländer.“

Die imperial-protektionistische Wendung, die England auf der Konferenz in Ottawa im vorigen Jahr vollzog, hat in Skandinavien arg verstimmt. Durch die Beschlüsse von Ottawa werden wichtige skandinavische Interessen, die Ausfuhr von Holz und Landwirtschaftsprodukten, stark gefährdet. Das machte sich allenthalben nach der Konferenz in Ottawa, sowohl in Dänemark als auch in Schweden und Norwegen, bemerkbar. Deutschland war es leicht gemacht, aus dieser Situation Kapital zu schlagen. Was aber tut die deutsche Handelspolitik? Sie hat alles daran gesetzt, um die englischen Methoden an Rückblicklosigkeit zu übertrumpfen.

So hat die deutsche Handelspolitik die Skandinavier vor die Entscheidung gestellt zwischen zwei Leben zu wählen. Und wenn man nach den Ereignissen der letzten Zeit in England das kleinere Übel wählt, dann darf man sich in Deutschland nicht wundern. England hat durch die Einstellung Deutschlands freie Hand für seine handelspolitischen Verhandlungen mit Dänemark, Norwegen und Schweden erhalten. Das legt England in die Lage, diesen Staaten ungehindert seine Handelsbedingungen diktieren zu können. Mit den deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen hatte Deutschland eine Chance, diese Entwicklung umzubiegen. Deutschland scheint es darauf ankommen lassen zu wollen, diese Chance auszuschlagen.“

die Wohlfahrt der Junker, und empfangen den Tritt, wenn sie ihren Dienst getan. So geht es zur Zeit Schleicher. Und dennoch: ihren Willen erreichen die Triarier doch. Sie haben Bismard 1878 klein geliegt. Sie haben Wilhelm II. bezwungen. („Er kann uns sonst was.“) Sie haben die Republik bezwungen. Und zeigen nun, daß sie auch Schleicher und Hindenburg zwingen können. Sie werden gewinnen, schon weil die blinde Hödur Nationalsozialismus ihnen die Steigbügel hält und der Scheinrabiate Kommunismus mit seinem Transportarbeiter Thälmann sie in die Kemter trägt. Da mag die Industrie donnern. Das ist Papier. Legten Endes haben die Herren im Reichsverband der Industrie immer noch mehr Angst vor den gewerkschaftlichen Arbeitern, als vor den Agrariern. Sie lassen sich lieber von den Januschauern ruinieren, als den Arbeitern einen Pfennig Bohn mehr zu zahlen. Ein komisches Völkchen!

Vielleicht sind die Ostelbier noch nie in ihrer an Plünderungen reichen Geschichte so rücksichtslos, so offen und für jeden erkennbar rücksichtslos gewesen wie heute. Ausgenommen vielleicht zu jener Zeit, als die „faule Grete“ ihre Burgen zusammenschloß. Etwas anders sind aber die Zeiten doch geworden. Die Plünderung durch Zölle, Kontingente usw. genügt nicht mehr. Die offene Subvention tritt längst ergänzend hinzu. Wir alle sind nun noch dazu da, den standesgemäßen Unterhalt der „Triarier“ zu sichern. Und darin liegt unsere Hoffnung. Sie werden sich übernehmen, überstessen!

Der blindeste Spieler im bayerischen Wald, der völlig verblendete Bergarbeiter in Waldenburg, der Schweinezüchter in Holstein, der Industriearbeiter und der Landmann werden sich eines Tages mit überwältigender Wucht zusammenschließen und werden die Entscheidungsschlacht kämpfen für ihre Freiheit, gegen die kostspieligen Mumien aus den ach so teuren Gutshöfen. Alle Staatsbürger gegen den nur noch parasitären Restfeudalismus!

Eine kalte Dusche

Stegerwald geht nicht in ein Kabinett mit Hugenberg

Der Reichskanzler legt seine Besprechungen fort, die den Boden für eine Neubildung der Regierung sondieren sollen. Zu diesen Besprechungen schreibt „Der Deutsche“:

„Der Kanzler hat die Besprechungen mit Hugenberg begonnen, der auch vom Reichspräsidenten zu einer längeren Aussprache empfangen wurde. Dieser Kontakt scheint uns nicht sehr glücklich! Denn Hugenberg will, wie auch seine Presse schreibt, ein ausgesprochenes Kampfkabinett, ein „autoritäres“ Regiment à la Papen. Gleich, ob mit oder ohne Hitler. Er will eine Ausschaltung des Reichstags für mindestens ein Jahr. Zugleich fordert er, als Machtposition im Kabinett, eine Zusammenfassung des Wirtschafts- und Ernährungsministeriums in seiner Hand. Diese Forderung Hugengeburs nach einem scharfen „autoritären“ Kurs widerspricht dem Sinne der Politik Schleichers, die auf eine Verfindigung und Zusammenarbeit mit dem Reichstag hinstrebt. Wenn es richtig ist, daß der Reichskanzler gern Stegerwald für den Posten des Reichsarbeitsministers gewinnen möchte, um so im Zentrum und in den christlichen Gewerkschaften einen gewissen Rückhalt zu finden, kann er sich unmöglich auf einen Kurs Hugenberg einlassen. Ein Kurs Hugenberg ist für die Massen der Arbeitnehmer untragbar, und Stegerwald kann nicht neben Hugenberg im Kabinett sitzen. Gründe anzuführen, erübrigt sich. Wir möchten annehmen, daß Herr v. Schleicher sich über die Unmöglichkeit einer solchen Kombination im klaren ist.“

Das ist eine ganz unzweideutige Erklärung, die einen entschiedenen Strich durch eine der Kombinationen macht, die in den letzten Tagen angestellt worden sind.

Bei allen Kombinationen aber bleibt eine große Frage: wo soll die Mehrheit, auch nur für eine Tolerierung, herkommen?

Wer sich in Deutschland etwa der Illusion hingegen hat, daß der Krach zwischen dem Reichslandbund und dem Kabinett Schleicher die Regierung zu einer Abkehr von der selbstmörderischen Handelspolitik der agrarischen Interessentenhäufen gebracht hätte, wird durch die neueste Tat der „autoritären Regierung“ eines Besseren belehrt. Man sagt sich zwar vor aller Öffentlichkeit die größten Grobheiten, findet sich aber hinter den Kulissen in trautem Verein wieder zusammen.

So und nicht anders ist das Aufstiegen der deutsch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen, über deren Abbruch wir im gestrigen Abendblatt bereits kurz berichteten, zu erklären. Deutschland hat den Handelsvertrag mit Schweden, der ihm alle erdenklichen Vorteile bot, und allein im letzten Jahr einen Exportüberschuß von nahezu 150 Millionen Mark gebracht hat, im Sommer 1932 gekündigt.

Schon diese Kündigung hat seinerzeit in Schweden die Deffentlichkeit stark verschupst. Man hoffte aber, daß sich Deutschland bei den Verhandlungen so entgegenkommend zeigen würde, daß Schweden jedenfalls entsprechend seiner starken Stellung auf dem deutschen Exportmarkt in dem neuen Handelsvertrage keine schlechtere Position vorfinden würde als bisher.

In diesen Erwartungen ist Schweden schwer enttäuscht worden. Unter dem Druck der Landbundagrarien hat die Regierung eine Befreiung der bisherigen Zollbindungen für Schmittholz, Rindvieh, Speck, Schmalz und Fische gefordert, worauf Schweden bei der lebenswichtigen Bedeutung dieser Exportartikel für seine Wirtschaft unmöglich eingehen konnte. Zugleich sollte der bisher unbegrenzt zollfreie Import von Pflastersteinen — Schweden ist bekanntlich der Steinbruch Europas — eingeengt werden.

Die handelspolitische Tendenz der deutschen Forderungen ist klar. Man wollte die gegenüber Schweden eingegangenen Tarifbindungen lösen, um damit freie Hand gegenüber Holland und anderen Staaten, mit denen handelspolitische Verträge zu erneuern sind, zu gewinnen.

Das bedeutet in der Praxis nichts anderes, als daß sich das Kabinett Schleicher freie Bahn für eine hemmungslöse Auslösung der Zollmauern schaffen will.

Man steuert also mit der gleichen Unbeschwertheit, mit der der Herrenreiter Papen seine Kontingentspolitik propagierte, in ein Labyrinth handelspolitischer Verwicklungen hinein, an dessen Ende der Handelskrieg mit den Ländern steht, die Deutschland auch in den Jahren der schwersten Krise noch einen hohen Exportüberschuß ermöglicht haben.

Wenn es auch im Augenblick mit Schweden

noch nicht so weit ist und vorläufig erst ein vertragloser Zustand vom 15. Februar ab unter Aufrechterhaltung der gegenseitigen Meistbegünstigung eintritt, so läßt das Echo der schwedischen Deffentlichkeit deutlich genug erkennen, daß die Dinge infolge Deutschlands rigoroser Haltung jetzt schon auf des Messers Schneide stehen. Man muß bei den schwedischen Pressestimmen in Rechnung stellen, daß Schwedens Deffentlichkeit stets deutschfreundlich eingestellt war und daß es weit gekommen ist, wenn ein so angesehenes Blatt wie die konservative Zeitung „Soenska Dagbladet“ seinen Beitrag über die „Bill Deutschland Handelskrieg“? Das Regierungsorgan „Socialdemokraten“ erklärt, daß die deutsche Handelspolitik seit einiger Zeit einen verärgerten Charakter angenommen habe, daß man schon von Anfang an große Schwierigkeiten für die schwedischen Unterhändler erwarten mußte.

Man müsse in Deutschland verstehen, daß die Meldung vom Abbruch der Verhandlungen in Schweden sehr bittere Gefühle hervorruft. In der gesamten Presse von rechts bis links kommt übereinstimmend zum Ausdruck, daß Deutschland und nicht etwa Schweden bisher den größten Vorteil von dem Handelsverkehr beider Länder gehabt habe.

Wenn jetzt von zuständiger Stelle in Deutschland der Versuch unternommen wird, die Sachlage zu verschleiern und von überpannten Forderungen Schwedens zu sprechen, so kann gegen derartige Methoden nicht scharf genug Stellung genommen werden. Schweden hat schließlich nicht mehr und nicht weniger als die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, nämlich die weitere Geltung der Tarifbindungen für seinen lebenswichtigen Export gefordert. Wie will man in Kreisen der Regierung von einem großen Entgegenkommen Deutschlands reden, wenn man Schweden die einzigen Sicherheiten, die es gegen eine prohibitive Zollpolitik in Deutschland hat, nämlich die Tarifbindungen, nimmt?

Es ist der Geist des Landbundgrafen Kalkreuth, der Geist des Ernährungsministers Treibers von Braun und der Geist der Arbeitsbeschaffungsminister, die in diesem neuen Konflikt Deutschlands Handelspolitik beherrscht haben.

Es ist die gleiche Politik der Bedenklosigkeit, mit der der Vorgänger des „sozialen Generals“, der Herrenreiter Papen, Deutschland hart an den Abgrund gebracht hat. Auch die Industrie, die kürzlich sich gegenüber den Unversämlichkeiten der Landbundagrarien stark zu machen versuchte, ist mittschuldig an diesem Dilemma. Legten Endes hat sie, immer in der Hoffnung auf ein künftiges Zusammengehen gegen den gemeinamen Feind, das Proletariat, vor den Agrariern gekuschelt. Auch in diesem Falle wird

Nach der Wahl von Lippe

Schleicher verhandelt — Hitler redet — Wir für den Appell an das Volk!

Reichskanzler von Schleicher hatte am Montagabend eine Unterredung mit dem Führer des Zentrums, Kaas. Ueber den Inhalt der Unterredung wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Man wartet in den Kreisen um Schleicher ab, wie Hitler sich nach den Lippeischen Wahlen verhalten werde.

Hitler hat in einer Gauleitertagung in Weimar angekündigt, daß er „am Feinde bleiben“ und „den Angriff fortsetzen“ werde. Man mußte danach annehmen, daß er jede Tolerierung Schleichers ablehnen werde.

Ein Artikel Breitscheids

Im Soj. Pressedienst schreibt Rud. Breitscheid über die Folgen des Wahlausgangs in Lippe:

„Nun könnte man eigentlich die Akten über den Gigantenkampf in den Gebirgswäldern an Lippe und Weser schließen, wenn eben nicht die Nationalsozialisten und ihr Führer sich gebärdeten, als ob mit dem 15. Januar ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen habe. Sie haben schon während des Wahlkampfes so getan, als ob sie ihre künftigen Entscheidungen von seinem Ausgang abhängig machten, und jetzt verschärfen sie, daß ihr — übrigens im wesentlichen auf Kosten Hugengeburs erfochtener — „Sieg“ ihren Kampfesmut und namentlich ihren Kampfeswillen belebt und gestärkt habe.“

Der Gegner in dem Kampf aber ist Schleicher und sein Kabinett, das mit seinen „jämmerlichen Mitteln“, wie Adolf Hitler sagt, Deutschland nicht retten könne. Das heißt also: Die Nazis werden sich der Einberufung des Reichstags für den 24. Januar nicht länger widersetzen, sie werden den sozialdemokratischen und kommunistischen Tri-

trauensooten zustimmen, sie werden die Regierung stürzen und Neuwahlen herbeiführen helfen, durch die ihnen — diesmal uniderrücklich und endgültig — der Weg zur Macht geöffnet wird.

So heißt es. Man wird es uns jedoch nicht übel nehmen, wenn wir zunächst noch ein wenig skeptisch sind. Die fürchterlichen Drohungen gegen Schleicher werden in der Hitler-Presse schon seit langem ausgestoßen. Auch vor Lippe hat sie eine große Lippe riskiert. Man gab sich den Anschein, als könne man den Tag der Entscheidung gar nicht abwarten, und trotzdem wandte man sich unter mannigfaltig wechselnden Vorwänden im Kellerterrat immer wieder gegen die Einberufung des Parlaments.

Wer will die Gewähr dafür übernehmen, daß die Wandlungsfähigen nicht auch diesmal einen Grund zur Verhinderung finden, oder daß sie, wenn der Reichstag sich wirklich versammelt, die Abstimmung nicht noch hinauszuzögern versuchen?

Es sind immerhin noch vier Tage bis zur Sitzung des Kellerterrats, und von dem für die Einberufung des Reichstags einzuweisenden vorgezeichneten Termin trennt uns noch eine Woche. In dieser Zeit kann noch mancherlei verhandelt und gemacht werden und kann sich noch mancher Umschwung vollziehen.

Freilich, wenn die Nationalsozialisten wirklich so stahhart bleiben wie sie es im Augenblick zu sein behaupten, dann ist die Regierung geschlagen und die Auflösung unvermeidlich.

Die Sozialdemokratie ist mit einem solchen Ausgang durchaus einverstanden.

Sie ist ihrerseits über ihren Erfolg in Lippe nicht in Verzückung geraten. Sie ist weit davon entfernt, diesen kleinen Staat ohne weiteres als maßgebend für das Reich anzusehen, aber das Er-

gebnis gibt ihr — wie die Dinge liegen, weit mehr als den Hitler-Senten — doch das Recht, einem neuen Appell an das Volk mit größter Zuversicht entgegenzusehen.

Lippe über dir!

Moskau donnert über die KPD.

Es war dem Sprecher des Sowjetrunds nicht leicht, ein Kommentar zu den Wahlen in Lippe zu geben. Der Kommentar aber mußte am gestrigen Abend erfolgen, hatte man doch einige Tage vor der Wahl in diesem kleinen deutschen Lande die russischen Hörer oft genug über die Wahl von Lippe unterrichtet. Der Sowjetprediger mußte natürlich offen den sozialdemokratischen Wahlerfolg zugeben. Er sagte, daß anscheinend der SPD. ein Einbruch in die kommunistischen Wähler in Lippe gelungen ist. Es scheint, so sagte der Moskauer Sprecher weiter, daß die „Scheingegensatz“ der SPD. auf dem flachen Lande die proletarischen Wähler zutriebe. Die kommunistische Niederlage benutzte der Moskauer Sprecher auch zu weiteren Anpöbelungen gegen die Sozialdemokratie, mußte aber doch zum Schluß noch einmal zugeben, daß eben das Charakteristischste an den Wahlen von Lippe die Rückkehr der kommunistischen Wähler zu der SPD. ist. Dann bekam die Zeitung der KPD. von Moskau noch eins auf den Kopf: Lippe, so sagte der Sowjetprediger, hätte klar die Mängel der kommunistischen Parteiarbeit gezeigt. Es genüge absolut nicht, wenn man nur Berlin und einige Großstädte bearbeite, während das flache Land von dem gut funktionierenden Propagandaapparat der SPD. bearbeitet werde. Man hoffe, daß die Wahl von Lippe, so sagte der Moskauer Redner, keine Rückschlüsse ziehen lasse auf die Stimmung in anderen ländlichen Gebieten Deutschlands.

So sprach der Sowjetprediger und runzelte die Stirn. Es erbeben die Höhen des deutsch-kommunistischen Olymps.

Neue Notverordnung

Ueber den Vollstreckungsschutz

Wie an-unterrichteter Stelle verlautet, ist innerhalb des Reichskabinetts eine Einigung über den Entwurf einer Verordnung über den Vollstreckungsschutz erzielt worden, so daß sich eine nochmalige Beratung am Dienstag entgegen der ursprünglichen Annahme erübrigt. Am Dienstag wird die Verordnung bereits dem Reichspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit der Veröffentlichung der Verordnung ist voraussichtlich erst für Mittwoch zu rechnen. Die Verordnung umfaßt im wesentlichen den Schutz der Vollstreckung in Gegenstände des beweglichen Vermögens, also des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars.

Deutschnationaler Korruptionsfumpf

Die dunklen Geschäfte des Stadtrats Wege und des Direktors Lettow

In Moabit beginnt morgen der Prozeß gegen den früheren Direktor der Berliner Müllabfuhrgesellschaft Lettow wegen der geschäftlichen Transaktionen, die dieser deutschnationalen Herr in Gemeinschaft mit dem inzwischen in der Versenkung verschwundenen deutschnationalen Stadtrat Wege bei städtischen Gesellschaften unternommen hat. Für die Verhandlungsdauer sind drei Wochen in Aussicht genommen. Die Sitzungen der Strafkammer finden im Kleinen Schwurgerichtssaal statt. Es sind 55 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Lettow wird in mehreren Fällen Untreue und handelsrechtliche Untreue vorgeworfen. Die Untreuehandlungen soll er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Berliner Müllabfuhr A.-G. (Bemag) und als Aufsichtsratsmitglied der David Grobe A.-G., die in enger Verbindung mit der Bemag stand, begangen haben.

Im Jahre 1929 war die Stadt Berlin an der jetzt städtischen Müllabfuhrgesellschaft nur mit einem Viertel des Aktienkapitals beteiligt. Diese Gesellschaft hatte unter der Leitung von Stadtrat Wege und den Direktoren Lettow und Krüger Tochtergesellschaften gegründet, die unter allen möglichen Bezeichnungen bestanden. In einer dieser Gesellschaften war, wie damals der sozialdemokratische Stadtverordnete Riese in der Stadtverordnetenversammlung, ohne Widerspruch zu finden, feststellte, der deutschnationalen Stadtrat Wege hervorragend als Vertreter privater Wirtschaftskörperschaften tätig, obwohl er gleichzeitig Magistratsmitglied war.

Als die Müllabfuhrgesellschaft von der Stadt übernommen wurde, verlangte der Magistrat, daß die genannten drei deutschnationalen Herren ihre Anteile an einer der Tochtergesellschaften, der „Müllabfuhrgesellschaft“ abgeben sollten, damit die Müllabfuhrgesellschaft dieses Tochterunternehmens, das sich auch mit der Wahrung von Müll beschäftigte, mit übernehmen konnte. In der Stadtverordnetenversammlung kam damals zur Sprache, daß der deutschnationalen Direktor Lettow es verstanden habe, sich auf ein Grundstück der „Viktoriapark-Gesellschaft“ — einer weiteren Tochtergesellschaft der Berliner Müllabfuhr —

einen Vorbehalt von 150 000 Mark zahlen zu lassen, weil er Hauptaktionär dieser Viktoria-park-Gesellschaft war.

Für Materiallieferungen hatte Herr Lettow Vorauszahlungen bis zu 300 000 Mark geleistet, ehe das Material überhaupt da war. Der deutschnationalen Stadtrat Wege bezog von der Müllabfuhrgesellschaft seine Lohntien, von den Tochtergesellschaften Aufwandsgehalt und

Lohntien in einer jährlichen Höhe, die das ganze Aktienkapital stark überstieg.

Für seine Lohntien ließ sich Herr Wege wieder Aktien geben, bezahlte sie aber nur mit dem halben Preis,

um sie dann für doppeltes Geld an die Stadt weiter zu verkaufen. Und wohlgerne, Herr Lettow war der Direktor, der diese niedlichen Geschäfte baldete und mitmachte.

Inzwischen ist nun die alte Müllabfuhrgesellschaft von der Stadt übernommen worden. Es war nicht ganz leicht, Klarheit in die verworrenen Verhältnisse der Hauptgesellschaft und ihrer Tochterunternehmungen zu bringen. Aber eins steht fest: das Geschrei über Korruption, das die Deutschnationalen und die Hugenberg-Blätter stets dann anstimmten, wenn sich irgendwo in städtischen Unternehmungen auch nur der leiseste Verdacht für eine unredtmäßige Abwicklung der Geschäfte erhob, vertummelte hinsichtlich des Falles Lettow-Wege vollkommen. Man hülfte sich in der Stadtverordnetenversammlung in tiefstes Schweigen, die Hugenberg-Blätter ließen diesen Korruptionsfall unbeachtet, aber im damaligen Wahlkampf zur Stadtverordnetenwahl gingen die Deutschnationalen mit dem Fall Sklarek freiben, den sie der Sozialdemokratie anzuhängen versuchten.

Die Müllabfuhrgesellschaft war, als sie die deutschnationalen Finanztransaktionen über sich ergehen lassen mußte, zu 75 Proz. privatkapitalistisch. Die Fuhrunternehmer, die für sie arbeiteten, waren daran beteiligt, daneben auch die deutschnationalen Direktoren, von denen Wege als

Magistratsdezernent den größten Einfluß hatte. Der Gesellschaft wurden von den Fuhrunternehmern viel höhere Fuhrkosten berechnet, als sie der Stadtfuhrpart kennt, die Güterabfuhrgesellschaft hatte von der Müllabfuhrgesellschaft hohe Kredite erhalten, und diesen

ganzen Korruptionsfumpf mußte schließlich die Stadt Berlin im Interesse einer dringend notwendig gewordenen ordnungsgemäßen Müllabfuhr bereinigen,

um auf den Trümmern die jetzt bestehende und glänzend funktionierende Berliner Müllabfuhr A.-G. neu aufzubauen. Das tollste Stückchen leisteten sich die Deutschnationalen Lettow und Wege bei Streitigkeiten, die zwischen der alten Müllabfuhrgesellschaft und der Stadt Berlin ausgebrochen waren. Als ein Schiedsgericht schließlich eingreifen wollte, verschmähte es der deutschnationalen Stadtrat Wege nicht, dort als Magistratsvertreter zu erscheinen, obgleich er gleichzeitig als Aktionär Interessent der Müllabfuhrgesellschaft war.

Gegen Stadtrat Wege leitete die Staatsanwaltschaft nicht nur wegen dieser Dinge, sondern auch wegen seiner sehr merkwürdigen Tätigkeit bei der Stadtschaftsbank, beim Pfandbriefamt und bei mehreren Baugesellschaften ein Strafverfahren ein; der deutschnationalen Direktor Lettow wird sich jetzt vor Gericht ebenfalls zu verantworten haben. Ein deutschnationaler Korruptionsfumpf wird damit aufgedeckt, der in der Geschichte der Stadt Berlin seinesgleichen sucht.

Gelbstmord in der Bank Prokurist erschießt sich

In den Räumen der D.D.-Bank in der Mauerstraße 40 spielte sich gestern ein aufregender Vorfall ab.

In einem Gang der Direktionsabteilung erlöste plötzlich ein Schuß und als Angestellte hinzuliefen, fanden sie den 49jährigen Hauptprokuristen Oskar Wölferl aus der Innsbrucker Straße 50 in Schöneberg leblos auf. W. hatte sich aus einer Mehrschußpistole einen Schuß in die Schläfe begeben. Der Lebensmüde galt als tüchtiger Beamter und sein Selbstmord ist völlig unerklärlich. Nach den bisherigen Ermittlungen ist offenbar Neureuerrückung das Motiv zur Tat.

Unter Mordverdacht

Den Beamten der Berliner Kriminalpolizei ist es unter Leitung von Kriminalkommissar Lipitz gelang, ein schweres Kapitalverbrechen aufzuklären. Am 21. Dezember vergangenes Jahres wurde auf seinem Gehöft in Grüneberg bei Berlin

eine Abwanderung zur Feuerung mit Breits und Del, oder Ausbreitung der Selbstzerzeugung von Generatorgas in Industrie und Gewerbe vorzubeugen. Es geht nicht an, daß der durch diese Verbilligung eintretende Einnahmeausfall ganz oder zum Teil wieder wettgemacht wird durch eine ungerechtfertigte Belastung der armen Bevölkerung.

Wir erwarten daher, daß die in den städtischen Gaswerken maßgebenden Instanzen mit größter Beschleunigung die Angelegenheit nachprüfen und die unmögliche Vorschritt zwickieren.

Die Einschulung

Für die Einschulung war der 31. Januar als Schlusstermin angegeben. Für einen Teil der Berliner Bezirke trifft diese Angabe auch zu, nicht aber für alle Außenbezirke. So muß beispielsweise in Spandau die Einschulung bis heute, Dienstag, erfolgen, in Bichtenberg und einigen anderen Bezirken bis zum Sonnabend, dem 21. und in Neukölln in der Woche danach, also vom 23. bis 28. des Monats. Wir empfehlen dringend die Beachtung der amtlichen Bekanntmachungen an den Säulen, aus denen die Termine ersichtlich sind. Außerdem weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß Kinder, die übereilt irrtümlich in konfessionellen Schulen angemeldet worden sind, nachträglich noch vor Schulbeginn in weltliche Schulen umgemeldet werden können.

der 33jährige Landwirt Paul Schenk erschossen aufgefunden. Gleich nach der Tat tauchten Verdachtsmomente auf, die auf eine Beteiligung der Ehefrau des Erschossenen hindeuteten; es gelang aber damals der Frau, den Verdacht von sich abzuwenden. Im weiteren Verlauf der Ermittlungen konnten dann die Kriminalpolizeibeamten ein umfangreiches Verdachtsmaterial gegen die Ehefrau Schenk sammeln, daß sie gestern vormittag festgenommen und dem Landgerichtsgefängnis in Neuruppin eingeliefert wurde.

Goldaten verunglückt Ein toter und ein schwerverletzter Reichwehrrsoldat

Auf der Lichtenrader Chaussee ereignete sich gestern ein folgenschweres Motorradunglück, bei dem ein Reichwehrrsoldat getötet und sein Begleiter schwer verletzt wurde.

Die beiden Soldaten, die zur Fahrradabteilung Lanfwig gehören, befanden sich mit einem Motorrad mit Beiwagen auf der Fahrt nach Mahlow. Zwischen den Drischfahnen Klein-Zietzen und Mahlow auf der Höhe des Fuchsberges verlor der Führer des Rades, Unteroffizier K., die Gewalt über die Steuerung. Das Rad prallte mit großer Wucht gegen einen Baum und landete schließlich völlig zertrümmert im Chausseeabgraben. K. und sein Begleiter, der zur selben Fahrradabteilung gehört, wurden in hohem Bogen aus der Straße geschleudert. Unteroffizier K. erlitt so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten später starb. Der andere Verunglückte wurde von Landleuten bemühlos aufgefunden.

Die alarmierte Lichtenrader Freiwillige Feuerwehr brachte den Schwerverletzten und den Toten nach der Lanfwiiger Kaserne.

Filmbrand

In einem Büroraum der Schwerdisseger Filmproduktion in der Sponholzstr. 31 in Schöneberg geriet gestern abend aus ungeklärter Ursache ein 2000 Meter langer Kulturfilm in Brand. Durch den explosionsartig auflodernden Film wurde die Einrichtung des Raumes sofort in Brand gesetzt. Ein junger Assistent der Gesellschaft, der mit seiner Mutter in den angrenzenden Räumen wohnt, erlitt eine leichte Rauchvergiftung. Das Treppenhäuser wurde durch das Feuer völlig verqualmt, so daß sich der Mieter eine begreifliche Erregung bemächtigte. Von der Feuerwehr wurde der Brand in kurzer Zeit niedergelämpft. Etwa 4000 Meter Film, die in Kassetten lagerten, konnten gerettet werden. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch ungeklärt.

Sprachkurse für Arbeitende

Intensiv betriebene internationale Kleinarbeit hat der „Fredita“ auch im vergangenen Jahre weitere Bestimmungsfreunde in den 28 Ländern ihres Wirkungsbereiches zugeführt. Um ihre kul-

turelle Aufgabe zu erfüllen, sollen abermals neue Fremdsprachen (und eine Weltdeutschsprache-)Kurse eingerichtet werden. Englische, französische und spanische Anfängerkurse sollen in aller Kürze wieder beginnen, die in der Zeit von 20 bis 22 Uhr im Zentrum der Stadt abgehalten werden. Sonderkurse für erwerbslose Bestimmungsfreunde sollen, wenn möglich, für den Spätnachmittag angelegt werden, und zwar gegen ein mäßiges Entgelt. In bestehende Kurse können Gleichgesinnte jederzeit eintreten. Anmeldungen für sämtliche Kurse sind ehestens an die Geschäftsstelle der Fredita (Freunde der internationalen Kleinarbeit), Genosse W. Floerke Berlin SW 19, Kurfr. 32 (Spittelmarkt), 3 Tr., Vorderaufgang (Telephon: Merkur 2196) zu richten. Es wird gebeten, Briefporto beizufügen. „Der Pionier“, die dreisprachige Zeitschrift, unterrichtet laufend über das erfolgreiche Wirken der Vereinigung und enthält wertvolle Aufträge.

Sturm auf Butterladen Jugendliche Räuber festgenommen

Von Beamten des Raubdezernates des Berliner Polizeipräsidiums sind in den letzten Tagen sechs junge Burken festgenommen worden, die am Silvesterabend in die Butterfiliale der Firma Freije in der Brunnenstraße mit vorgehaltenen Pistolen eindringen und 700 M. erbeuteten. Wie festgestellt werden konnte, haben die Täter fast den ganzen Betrag einer kommunistischen Jugendorganisation überwiesen. Die jugendlichen Räuber sind dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden, der gegen alle Haftbefehle erlassen hat.

Auf dem Hof des Hauses Alexanderstraße 22 wurde in der vergangenen Woche der Kassenbote einer Berliner Zigarettenfabrik überfallen und niedergeschossen. Der Kassenbote sollte mehrere tausend Mark zu einer Bankfiliale bringen, als sich ihm zwei Männer entgegenstellten und ohne ein Wort zu sagen feuerten. Der Raub mißlang und die Täter flüchteten. Der Polizeipräsident hat für die Ergreifung der Täter 800 M. und die Zigarettenfirma 200 Mark Belohnung ausgesetzt.

Keine Grippewelle Berlin nicht bedroht

Zu Befürchtungen, daß eine Grippeepidemie im Anzuge sei und auch Berlin bedrohe, liegt zur Zeit keinerlei Anlaß vor. Die zahlreichen Grippeerkrankungen, die aus England und Frankreich gemeldet werden, bedeuten an sich für Deutschland noch keine Gefahr. In Berlin haben wir es, wie von zuständiger medizinischer Stelle mitgeteilt wird, gegenwärtig nur mit den für die winterliche Jahreszeit typischen Erkältungskrankheiten zu tun. Eine die ganze Bevölkerung erfassende Statistik über die Grippe gibt es nicht. Stärkeres Auftreten von Grippefällen kann man jedoch an einer entsprechenden Inanspruchnahme der Krankenkasseneinrichtungen und einer steigenden Beladung der Krankenhäuser erkennen und daraus dann Rückschlüsse über den Umfang der Grippeerkrankungen in der gesamten Bevölkerung ziehen.

Flug über Südatlantik

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 16. Januar. Das französische Flugzeug „Regenbogen“, das vor kurzem in zwei Etappen von Marseille nach St. Louis am Senegal (Südamerika) gestiegen war, ist am Montagmorgen um 4.45 Uhr zu einem Flug über den Südatlantik in Richtung Natal (Brasilien) gestartet. Die Besatzung des Landflugzeuges besteht aus sechs Personen, darunter den Konstrukteur des Apparates. Der Konstrukteur hat bei der Abfahrt erklärt, er hoffe die 3200 Kilometer lange Strecke in 14 Stunden zurücklegen zu können. Der Zweck des Fluges besteht nun darin, die Benutzbarkeit des neuen Apparates für Ozeanflüge festzustellen. Das Flugzeug ist am Montagmorgen um 16.48 Uhr örtlicher Zeit in Natal (Brasilien) glücklich gelandet.

Genosse Wilhelm Bäumler, Schöneberg, Brunnenstraße 6, der zu den Mitbegründern der Schöneberger Arbeiterparteiorganisation gehört, wird heute 75 Jahre alt. Bereits 1885 haben wir Wilhelm Bäumler bei der Gründung des Schöneberger Arbeiter-Bildungsvereins des späteren Bahlovereins, tätig mitwirkte. Auch kommunalpolitisch war Bäumler jahrelang tätig. Fast 20 Jahre gehörte er als Stadtverordneter der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg an, war Armenpfleger, Gewergerichtsbeisitzer und später Kaufmannsgerichtsbeisitzer. Auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung gehörte Bäumler zu den Mitbegründern.

29 spanische Monarchisten, die nach der weltweiten Kolonialpolitik Rio del Oro deportiert und vor zwei Wochen geflüchtet waren, sind jetzt in Portugal gelandet.

Ungerechter Gastarif

Die „5-Kubikmeter-Bestimmung“ muß verschwinden

Aus der Reihe der Zuschriften, die sich gegen die „5-Kubikmeter-Bestimmung“ des neuen Gas tariffs wenden, haben wir kürzlich einen Brief veröffentlicht. Es zeigt sich jetzt, daß die letzte Gastarifregelung für Kleinstverbraucher, zu denen auch manche Kleingewerbetreibende, wie z. B. Zigarrenhändler gehören, statt einer Verbilligung eine neue Belastung bringt.

Es handelt sich hier um die Kleinstverbraucher, die nicht einmal in der Lage sind, 5 Kubikmeter Gas im Monat zu entnehmen, aber neben der Gasmessergebühr eine Mindestmenge von 5 Kubikmetern je Monat bezahlen müssen, wenn sie nicht wollen, daß der Gasmesser abgeheilt wird. Inzwischen sind wir in vielen Zuschriften darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Vorschrift der Gaswerke, wonach bei einem Gasverbrauch von weniger als 5 Kubikmetern im Monat eine Mindestmenge in dieser Höhe zu zahlen ist, für

die Kleingärtner untragbar ist, die den ganzen Sommer über — also etwa 5 bis 6 Monate lang — in ihrer Laube wohnen und während dieser Zeit kein Gas verbrauchen, trotzdem 40 Pf. Gasmessergebühr plus 5mal 16,2 Pf., also insgesamt 1,21 M. pro Monat zahlen müssen

Das ist natürlich eine noch viel trassere Ungerechtheit.

In der gleichen Zeit als diese Vorschrift beschlossen wurde, ist der Preis für Gewerbe- und Industriegas durch Einführung eines Zonentarifs verbilligt worden. Diese Maßnahme wurde begründet mit der Notwendigkeit,

Zwei Lebende und ein Toter Roman von Sigurd Christiansen

„Ist denn da noch mehr?“ „Ja, von uns. Von ihm und mir. — Was ich bisher erzählt habe, betrifft nur Sie, aber ich möchte Ihnen gern auch das Uebrige erzählen — um unersetzlich.“

„Es war schon fast Mitternacht, als Rognos wieder das Wort nahm. Draußen auf der Straße war es still geworden. Nur dann und wann tutete ein Auto vorbei und machte die darauf folgende Stille nur noch besonders deutlich.“

„Das haben Sie mir noch nie erzählt.“ „Nein, aber das mußte ich also. Und er nahm sie auch ab, aber ich glaube, sehr widerstrebend.“

„Nach einer kleinen Pause sagte er: „Ich glaube, noch nie haben sich zwei Menschen so wild nacheinander gefehnt, wie wir zwei, sobald wir voneinander getrennt waren.“

„Wieder schwieg er. Und Berner fragte leise und behutlich: „Wie starb er?“ „Auf einer Seefahrt. — Aber Sie versprechen mir, nie nachzuforschen, wer er war?“

„Er fiel über Bord und wir machten erst gar nichts draus. Wir wußten ja, was für ein guter Schwimmer er war. Aber er bekam Krämpfe und sank.“

„Nur einen Augenblick, dann richtete Rognos sich auf mit einem harten Griff in die Weste, als ob diese kleine Bewegung ihm helfen könnte, das Furchtbare abzuschütteln.“

„Was hilft es denn, sentimental zu werden?“ sagte er. „Was macht keinen wieder lebendig und macht nichts ungeschehen.“

bleibt in alle Ewigkeit bestehen und nicht eine Sekunde unseres Lebens können wir wieder auslöschen, und wünschten wir es noch so heiß. Oft ist es schon schwer, nur einen kleinen Bruchteil von dem, was man verbrochen hat, wieder gutzumachen.“

Ein Gläschen Korn

Ländliche Studie — Von Alexander von Sacher-Masoch

Der Herbst ging mit großen Schritten über das Land, ein gewaltiger Kaiser, tauchte seine Pinselfeile in geschmolzenes Gold, rötliche Terra und hellen Ocker. Noch einmal blühte alles auf vor seiner Kunst. Solche Tage sind selten. Man überdenkt, was der Sommer gebracht hat und das Jahr an Arbeit und Freuden und an Leid.

„Nicht trinken! Keinen Tropfen Alkohol! Ein Jahr lang nicht!“

„Quatsch!“ riefen die vom anderen Tisch. „Hab dich nicht so, Michel, mit deinem dämlichen Ernst.“

„Quatsch!“ riefen sie jetzt wieder. „Wird's bald, du altes Kamel!“

Michel machte ein schatbämisches Gesicht, er hatte gerade beschlossen, einmal feinmal sein zu lassen und den Schnaps zu trinken, das Kontumazjahr war ohnehin vorbei, Schaden konnte ihm der Alkohol nichts. Andernteils ärgerte er sich

Berger: „Und das haben Sie wirklich fertiggebracht?“ „Ja, das haben wir fertiggebracht. Aber er hat es nicht mehr erlebt. Beider hat es auch nichts geholfen.“

„Sie werden es bald zu lesen bekommen. Das Geld ist noch nicht angekommen.“

„Abgeschickt ist es also?“ „Ja, abgeschickt ist es.“

Berger sah ihn erschrocken an. „Ich be-

greife nicht, wie Sie das wagen konnten“, sagte er. „Und wenn es nun herauskäme?“

„An die Postverwaltung gerichtet?“ „Nein, weder an die Postverwaltung, noch an die Polizei. Der Brief ist adressiert an einen erdichteten Namen, postlagernd Björköp. Wie lange er da liegen bleibt, weiß ich nicht.“

„Hier wart zu rauchen?“ und breitete ein neues Paket Feinschnitt vor den anderen aus. Er legte das gewiß unabsichtlich, aber es postete irgendwie in die ganze Situation hinein.

„So was hatte die Gegend noch nie erlebt. Man zerbrach sich den Kopf über die Hintergründe dieser traurigen Geschichte. Politisch? Liebe? Geld?“

über das „Kamel“. Diese Bezeichnung schien ihm zu stark zu sein. Seine Stirn begann sich zu röten. Sämtliche Höflichkeitssphären, die während der letzten paar Minuten sein Hirn zerquält hatten, flatterten wie bunte, freigelassene Vögel von ihm fort, und erstickt brummte er:

„Rummehr sah er schon in der Patsche. Jetzt zu trinken verbot ihm sein Ehrgefühl, ohne getrunken zu haben, wollte er nicht bezahlen, ohne zu zahlen mochte er nicht fortgehen.“

„Nach einer Weile riefen die anderen wieder einstimmig: „Prost!“ und glogten herüber zu ihm.“

Hans Bauer: Der Bierrwagen

Der Darm der beiden Streitenden ist allmählich so stark geworden, daß die Straßenspassanten ihren Schritt verlangsamten und geneigt sind, stehen zu bleiben, so das Gesetzt der Worte in eine der Häufte überzugehen scheint.

„Es ist nicht recht ersichtlich, worum der Streit geht, welcher Tatsachenbestand ihm zugrunde liegt. Vielleicht handelt es sich um eine Frau, vielleicht um Politik, vielleicht um ein Drittes. Vielleicht liegt die Rechtsfrage verworren, vielleicht eindeutig. Darum kommt es jetzt nicht an.“

„Die beiden wiffen nicht recht, was sie tun sollen. Es kommt nur noch die Andeutung einer tatenlasternden Feindseligkeit heraus.“

Die anderen beobachteten jetzt interessiert und leise wiedernd sein vergebliches Bemühen. Tabak von denen verlangen — das war unmöglich. Also nahm er die Pfeife verbittert zwischen die Zähne und machte die Kiefern zusammen. Schweigend lag er am kalten Stummel. In diesem Moment sagte einer der Burschen am Nebentisch zufällig:

„Hier wart zu rauchen?“ und breitete ein neues Paket Feinschnitt vor den anderen aus. Er legte das gewiß unabsichtlich, aber es postete irgendwie in die ganze Situation hinein.

„So was hatte die Gegend noch nie erlebt. Man zerbrach sich den Kopf über die Hintergründe dieser traurigen Geschichte. Politisch? Liebe? Geld?“

„Die beiden wiffen nicht recht, was sie tun sollen. Es kommt nur noch die Andeutung einer tatenlasternden Feindseligkeit heraus.“

„Es war ja eigentlich sehr taktlos von dem Brüderlichkeitsgefühl in eine Angelegenheit seine Nase zu stecken, in der es nicht das mindeste zu suchen hätte, aber nun es einmal sich hier niedergelassen hat, läßt es sich nicht mehr so einfach verschauen.“

„Nach einer Weile lösten sich die beiden voneinander. Sie tun es mürrisch und unzufrieden: wie zwei Menschen, denen eben etwas schief gegangen ist.“

Neue Wege zur Arbeitsbeschaffung

Nicht genutzte industrielle Abschreibungen als Anleihegrundlage

Von einem Industriebeamten erhalten wir die folgende Zuschrift, die wir als Beitrag zur Klärung der Möglichkeiten der Finanzierung von Arbeitsbeschaffung auf dem soliden Finanzierungswege der Anleihen für wertvoll halten.

Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben in ihrem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsbeschaffung die Aufnahme einer Prämienanleihe und, sofern diese unbedeutend ausfallen sollte, einer Zwangsanleihe in Höhe von rund 1½ Milliarden Mark gefordert. Gegenüber dem Einwand, daß weder auf dem Wege einer Prämien- noch einer Zwangsanleihe irgendein greifbares Resultat erzielt werden könnte, können doch recht beträchtliche Mittel aus den mittleren und größeren privaten und öffentlichen Unternehmungen aufgefunden und den Zwecken der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden.

In den Bilanzen der deutschen Unternehmungen

findet man überall mehr oder minder hohe Abschreibungen auf die Anlagenwerte. Sie gelten als ein Ausgleich oder eine Wertberichtigung für die durch die normale Abnutzung der Betriebsanlagen allmählich eintretende Wertminderung.

Nun kann man seit längerer Zeit von keiner normalen Nutzung der Betriebsanlagen mehr sprechen. Die meisten industriellen Unternehmungen von irgendwelcher Bedeutung sind bezüglich ihrer Produktionsmittel stark überleert. Sie haben in der Zeit der Rationalisierung ihre alten, aus der Zeit vor dem Kriege stammenden Anlagen ausgemerzt und durchweg große, moderne Neuanlagen gebaut. Diese werden zu einem großen Teile nur schwach ausgenutzt oder liegen still. Trotzdem müssen bilanziell korrekter nach wie vor die Abschreibungen in voller Höhe, berechnet auf die volle Nutzung und Abnutzung, in Ansatz gebracht werden.

Es kommt hinzu, daß im Gegensatz zu den Vorkriegsverhältnissen diese Neuanlagen in der Regel nicht wie früher aus dem Gesellschaftskapital, sondern aus Anleihen errichtet worden sind. Es kommt also zu den eben erwähnten Abschreibungen noch die Amortisation der Anleihen, die die Werte außerordentlich belasten, hinzu. Es wird also gewissermaßen

doppelt abgeschrieben,

einmal wird die Kapitalkuld, die zur Errichtung der Anlagen gedient hat, getilgt, und ferner werden die Anlagen auf der Aktivseite abgeschrieben.

Man kann natürlich sagen, daß die Anlagen ihren Wert allmählich auch ohne unmittelbare Abnutzung verlieren, indem sie allmählich technisch überaltern oder trotz Stillstandes durch äußere Einflüsse einer gewissen Abnutzung unterliegen. Aber es ist auch kein Zweifel daran, daß die Nutzungsperiode bestimmt ganz wesentlich verlängert wird, sofern die Anlage auch nur einigermaßen instand gehalten wird.

Wohlt man nun weiter mit der Ueberlegung, daß ein Bedarf neuer Investitionsmittel, d. h. eine Vergrößerung der vorhandenen Produktionsanlagen, jetzt und auch in absehbarer Zeit so gut wie nicht vorhanden ist, so kommt man zu dem Schluß,

daß hier Mittel zurückgestellt werden für Zwecke, für die sie erst nach langen Fristen in Anspruch genommen werden.

Ein Blick in einige Bilanzen lehrt denn auch, daß die Beträge, die tatsächlich zu Erneuerungen oder Wiederherstellungen abgenutzter oder technisch überalterter Anlagen gegenwärtig verwandt sind, im Verhältnis zu den vorhandenen Abschreibungen und den bereits vorhandenen Wertberichtigungsfonds geradezu lächerlich gering erscheinen.

Gewiß arbeiten die für Abschreibungen zurückgestellten Mittel vielfach im Betriebe als Materiallager, Betriebsvorräte, Fertigmaren oder auch in den zur Zeit sehr geringen Neubauten, vor allem sind sie aber, wenn nicht in Wertpapieren, so als Sparkassen bzw. Bankguthaben angelegt.

Der von uns in Aussicht genommene Plan beabsichtigt, diese flüssig gehaltenen Rückstellungen der Allgemeinheit, d. h. dem Staat für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen, ohne daß sie in einer etwa die Unternehmungen schädigenden Weise diesen voll entzogen werden sollen.

Der Weg hierzu ist verhältnismäßig einfach: es kann von Staats wegen verfügt werden, daß die üblichen Abschreibungen zwar vorgenommen werden, daß aber der Gegenwert in erheblichem Umfang dem Staat für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung freiwillig oder in Form der Zwangsanleihe zur Verfügung gestellt wird.

Wenn dieser Plan ein oder zwei Jahre durchgeführt werden würde, so würden

ganz erhebliche Mittel

für die Arbeitsbeschaffung vorhanden sein, ohne daß, wie schon gesagt, Schädigungen der in Frage kommenden Unternehmungen eintreten können, denn die meisten Werte haben bereits erhebliche Fonds für derzeitige Zwecke angesammelt. Abgesehen davon würden ja auch die Anleihestücke, die durchaus mit Vorteilen jeglicher Art behaftet

sein können, eine Unterlage bilden, auf deren Grundlage sich der Betrieb, falls es erforderlich ist, Geld verschaffen kann.

Um sich ein genaues Bild über das Ergebnis des vorliegenden Planes zu verschaffen, müßte jedes einzelne Unternehmen auf Grund der letzten Jahresbilanz untersucht werden. Es sind von uns der vorläufigen Berechnung einige Bilanzen von elektritätswirtschaftlichen Unternehmungen, die verhältnismäßig stabil geblieben sind, und einiger Privatunternehmungen anderer Industriezweige zugrunde gelegt worden.

Bei rund 23 Elektrizitätswerken mittleren und großen Umfangs,

die ein über den Rahmen einer mittleren Großstadt hinausgehendes Versorgungsgebiet bearbeiten und ein Aktienkapital von rund 1½ Milliarden Mark präsentieren, betragen bei in den Bilanzen ausgewiesenen Erneuerungsfonds in Höhe von rund 1 Milliarde 25 Millionen Mark die in den letzten Jahresgewinn- und Verlustrechnungen ausgewiesenen Abschreibungen rund 124 Millionen Mark.

Bei Unternehmungen anderer Industriezweige mit einem Aktienkapital von rund zwei Milliarden 153 Millionen Mark betragen die Rückstellungen für Abschreibungen usw. im letzten Geschäftsjahr rund 125 Millionen Mark.

Diese Zahlen belegen, daß bei dem Erfassen eines verhältnismäßig kleinen Teils der in Frage kommenden Unternehmungen schon mit einem Betrage von rund 250 Millionen Mark für die Zwecke der Arbeitsbeschaffungsanleihe auf Grund der letztjährigen Betriebsergebnisse gerechnet werden kann.

Engelhardts Biergewinne

Auflösung offener und stiller Reserven — Absatzrückgang um 16 Prozent

Daß die Engelhardt-Brauerei A.-G., Berlin, für das am 30. September zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1931/32 auf das 12-Millionen-Mark-Kapital eine Dividende von 5 (im Vorjahr 8) Proz. verteilt, hatten wir bereits mitgeteilt. Im jetzt vorliegenden Geschäftsbericht bemüht sich die Verwaltung,

den Anschein größter Offenherzigkeit

zu erwecken, nicht ganz mit Erfolg. Wenn die Gewinnrechnung mit den Vorjahren nicht vergleichbar ist — angeblich, weil die neuen Rechtsvorschriften das nicht erlauben —, so widerspricht das dem Prinzip der Offenlegung. Außerdem macht es die Vielzahl der Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaften, die sich von Jahr zu Jahr vermehrt, unmöglich, das Ziffernwerk genau zu beurteilen.

Die gesamten Abschreibungen wurden von 2 auf 29 Mill. Mark erhöht. Im Berichtsjahr verdient wurden aber nur Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mill. Mark. Den offenen Reserven wurden 0,76 Mill. Mark entnommen, den stillen Reserven eine Million Mark.

Seit der Goldbilanzumstellung wurden 12,9 Mill. Mark Abschreibungen ausgewiesen, aber 13 Mill. Mark wurden vorweg aus den Gewinnen abgeschrieben, insgesamt mehr als das Doppelte des Aktienkapitals — ein Beweis für die überhöhen Gewinne des Braunkapitals in guten Zeiten.

Die gesamten Anlagen haben sich von 14,1 auf 14,7 Mill. Mark erhöht. Die Beteiligungen ermäßigten sich durch Verkauf von 8,8 auf 7,4 Millionen Mark. Die Forderungen sind von 6,4 auf 5,8 Mill. Mark zurückgegangen; daneben bestehen Forderungen an abhängige Gesellschaften in Höhe

Die Betriebsergebnisse des zur Zeit noch laufenden Geschäftsjahres werden in Anbetracht des Stillstandes der Krise nicht geringer werden.

Interessant ist hierbei noch die Tatsache, daß bei Unternehmungen mit einem Aktienkapital von rund 1 Milliarde 130 Millionen Mark, die 98 Millionen Abschreibungen im letzten Geschäftsjahr vorgenommen haben, nur für rund 7,5 Millionen Mark Aufwendungen für Erneuerungen überhaupt in Anspruch genommen worden sind! Man sieht also, daß der tatsächliche Bedarf an Erneuerungsmitteln im Verhältnis zu den Abschreibungen selbst ein ganz geringer ist.

Aus all dem Vorgebrachten geht hervor, daß bei Berücksichtigung aller in Frage kommenden privaten und öffentlichen Unternehmungen ein Betrag von 1 bis 1½ Milliarden bestimmt für die vorgesehenen Zwecke der Arbeitsbeschaffung Verwendung finden könnte.

Die durch die Einstellung von Erwerbslosen ersparten Unterstützungsbeträge, ebenso ein Teil der Steuerertragsbeiträge, können zur Verzinsung und zur Amortisation der Anleihe Verwendung finden. In welcher Höhe und in welchem Zeitabschnitt die Amortisation der Anleihe stattfinden sollen, spielt dem Hauptproblem gegenüber, einen beträchtlichen Teil der Erwerbslosen der Arbeit wieder zuzuführen, eine sekundäre Rolle. Die öffentliche sowohl wie die Privatwirtschaft darf nicht vergessen, daß es sich bei dieser Frage auch für sie um Sein oder Nichtsein handelt; sie darf auch nicht vergessen, daß ihr auch die Früchte der Arbeitsbeschaffung selbst in einem hohen Maße unmittelbar zugute kommen werden.

Da die Amortisationen die Höhe der neu gegebenen Darlehen übertrafen, ist nicht ersichtlich, auf welche Forderungen eigentlich die hohen Abschreibungen von 1,5 Mill. Mark gemacht wurden. Die Warenbestände von 1,6 (2,6) Mill. Mark enthalten noch starke Reserven. Die flüssigen Mittel sind mit 2,2 Mill. Mark wenig geringer als im Vorjahr (2,5 Mill. Mark).

Unter den Passivposten ist der Rückgang der Einlagen von 5,1 auf 3,5 Mill. Mark bemerkenswert. Die Bankschulden sind von 5,2 auf 4,4 Mill. Mark gesunken; der Kursgewinn aus Pfundkrediten (0,6 Mill. Mark) ist zurückgestellt worden.

Das beste Pferd im Stall der Beteiligungen

Ist die Hotelgesellschaft Alexanderplatz nach dem Verkauf ihres Gebäudes, an der Gesellschaft ist die Engelhardt A.-G. mit 40. Generaldirektor Racher persönlich mit 51 Proz. beteiligt. Die Beteiligung von Engelhardt ist mit 0,5 Mill. Mark bewertet und soll eine stille Reserve von 2 Mill. Mark enthalten. Uebrigens besitzt die Hotelgesellschaft mehr als 25 Proz. des Engelhardt-Kapitals; es ist nicht bekannt, ob diese Aktien an der Börse gekauft wurden oder Rachers persönlichen Besitz darstellen.

Der Gesamtabsatz des Konzerns belief sich auf 750 000 Hektoliter und war um 16 Proz. kleiner als im Vorjahr. Obwohl im Geschäftsbericht zugegeben werden muß, daß die an die Biersteuerentfertigung geknüpften Hoffnungen sich nicht erfüllten, glaubt die Verwaltung doch, neue Forderungen nach Steuerentfertigung erheben zu müssen.

falls einverstanden erklären kann; denn bei einer wesentlichen Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe könnte Deutschland seinen Einfuhrbedarf schon bei den bisherigen Kreditlinien nur mühsam finanzieren.

Andere entscheidende Fragen dieser Konferenz bilden die Zinshöhe für die stillgehaltenen Kredite und größere Bewegungsfreiheit der von deutschen Schuldneren zurückgehaltenen, aber in Deutschland noch eingefrorenen ausländischen Kredite.

Waggontrust saniert

Linke-Hofmann streicht Kapital

Die Verwaltung der Linke-Hofmann-Busch A.-G. in Breslau, des führenden Waggonunternehmens in Deutschland, hat jetzt die Sanierung des Unternehmens beschlossen. Danach soll das Stammkapital der Gesellschaft von 30 auf 12 Millionen Mark im Verhältnis 10:4 zusammengelegt werden. Zugleich wird das Kapital um 5 Mill. Mark Vorzugsaktien auf insgesamt 17 Millionen wieder erhöht, wobei die

neuen Aktien zum Teil von Großaktionären gegen Barzahlung, zum Teil von den Banken gegen Aufrechnung von Forderungen übernommen werden.

Insgesamt wird bei der Sanierung ein Budgetgewinn von 2,4 Millionen erzielt. Hieran werden 6,1 Mill. Mark zu Sonderabschreibungen auf Anlagen und Maschinen und 11,5 Mill. Mark zu Abschreibungen auf Beteiligungen verwandt. Der Rest dient zu Abschreibungen auf Vorräte und zweifelhafte Forderungen, sowie zu Rückstellungen. Da Linke-Hofmann bis jetzt noch nicht seine Bilanz für das am 30. September 1931 beendete Geschäftsjahr vorgelegt hat, wird in dieser Bilanz, die bei der bevorstehenden Generalversammlung veröffentlicht wird, bereits die Sanierung zum Ausdruck gebracht.

Gegen den Landbund

Ruhrindustrie zur Agrarpolitik

In der Vollversammlung der Essener Industrie- und Handelskammer nahm der Vorsitzende Generaldirektor Tengelmann (Selsentlicher Bergwerksverein) scharf gegen die überhöhten Forderungen der Agrarier Stellung. Er führte aus: „Die Agrarpolitik gerade des letzten Jahres hat in unseren Kreisen aber erhebliche Bedenken ausgelöst. Die Tendenz zur Vermehrung der bestehenden Monopole für landwirtschaftliche Erzeugnisse, zur Wiedereinführung der Zwangswirtschaft durch übertriebenen Beimischungszwang, durch Preisstimmungen und Produktionsregulierungen löste weite Kreise der Industrie befürchten, daß der Landwirtschaft mit solchen Maßnahmen nicht gedient und die Gesamtwirtschaft ernsthaft geschädigt werde.“

Wie hätten in Deutschland auch zur Zeit keine Ueberproduktion in landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern einen Unterverbrauch. Dergleichen gehe der starke Preisfall in landwirtschaftlichen Produkten entscheidend auf die stark zusammengeschrunpfe Kaufkraft der städtischen Bevölkerung zurück, die nur durch Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess gehoben werden könne. Nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes seien z. B. die Ausgaben für Butter im Jahre 1932 gegenüber 1930/31 um 25,3 Proz., für Käse um 34,9 Proz., für Milch um 9,4 Proz., für Brot und Backwaren um 10 Proz. und für Fleisch und Fleischwaren um 16,8 Proz. zurückgegangen. Nur für das letzte Quartal berechnet, betrage der Rückgang bei Fleisch mengenmäßig sogar 27 Proz.

Gegen diese Tatsachen würden keine Anträge und keine Monopole helfen, sondern nur eine richtige Wirtschaftspolitik und eine wirklich vernünftige, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränkende Staatspolitik, die die Wirtschaft insgesamt wieder aufleben lassen würde.“

Worum befinnt sich die Schwerindustrie erst auf eine vernünftige Agrarpolitik, nachdem sie bisher die Junker immer wieder zur unsinnigen Agrarpolitik vorwärts getrieben hat?

Höhere Bankdividende

Bei der Vereinsbank in Hamburg

In der Bilanzsitzung der Vereinsbank in Hamburg wurde beschlossen, für 1932 die Verteilung einer Dividende von 5 gegen 4 Proz. im Vorjahr aus einem auf 0,76 Mill. erhöhten Reingewinn (0,63 im Vorjahr) vorzuschlagen. 0,16 Mill. Mark sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Vorstand berichtete, daß sich in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres Anlässe zu einer Besserung bemerkbar machten, die sich gegen Schluß des Jahres verstärkten.

Gegen neuen Vollstreckungsschutz

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler ein dringendes Telegramm geschickt, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Handwerk im Osten durch den bisher geltenden Vollstreckungsschutz bereits auf das allerhöchste geschädigt und erschüttert sei. Gegen die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft durch weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Kosten anderer Wirtschaftskreise erhebt der Reichsverband des deutschen Handwerks entschiedenen Einspruch.

Erwachen die Verbraucher?

Endlich scheinen die Benzolverbraucher im Kampf um billiges Benzin in die richtige Front einzuschwenken: gegen die Preistreiberien des Benzinkartells. Der DVC, der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, soll in Verbindung mit Außenleitern des Kartells stehen, die den Mitgliedern des DVC Benzin um 3 bis 5 Pfennig billiger als die Kartellfirmen liefern wollen. Auch Autoöl, für das die Trusts noch unkontrollierbare Preise fordern, soll wesentlich billiger geliefert werden.

Da der DVC 130 000 Mitglieder haben soll, könnte ein solches Vorgehen den Preistreiberien des Kartells wirksam entgegenwirken. Wenn allerdings neue Kartelle errichtet werden müßten, so wäre das volkswirtschaftlich zu bedauern, auch im Hinblick auf ein späteres Staatsmonopol.

Bücherstuben für Erwerbslose

Die Flucht vor der Kälte

Mit der steigenden Kälte, die jetzt über Deutschland hereingebrochen ist, wächst der Ansturm aller Wohnungs- und Obdachlosen auf Warmhallen, Lesestuben und Warteräume überall, wo nur ein geheizter Raum zur Verfügung steht, stauen sich die Leute, die keine warme Stube mehr haben. Mancher einer geht auch stundenlang in den Warenhäusern spazieren. Die übrigen aber müssen sich auf die immer noch zu wenigen öffentlichen Wärmestuben verteilen. Unter dem Andrang haben in diesem Winter besonders die Bücher- und Lesestuben der einzelnen Bezirksämter zu leiden gehabt. Zeitweise war es so schlimm, daß viele Leute keinen Platz mehr fanden und draußen so lange warten mußten, bis durch Weggehen anderer wieder ein bescheidenes Plätzchen frei wurde.

Unter diesen Umständen ist es besonders dankenswert, daß sich eine Berliner Bücherhilfe für Erwerbslose" gebildet hat, die um eine über die gewöhnlichen Öffnungszeiten hinausgehende Freimachung der Lesestuben nur

für Erwerbslose und Kleinrentner durchgesetzt hat. Die Kosten für die notwendigen bibliothekarischen Kräfte hat die Berliner Winterhilfe übernommen, während die einzelnen Bezirksämter die Räume und das Lesematerial kostenlos zur Verfügung stellen. Durch diese erfreuliche Zusammenarbeit wird es jetzt möglich sein, für viele frierende Menschen ein neues Heim zu schaffen, wo sie wenigstens für ein paar Stunden unterziehen können.

Im Bezirk Mitte sind die Lesestuben in der Brunnen- und Adalbertstraße dreimal wöchentlich vormittags und nachmittags besonders geöffnet, im Friedrichshain hat man die Mittagestunden für die Lesestube der Erwerbslosen vorgezogen. Außerdem wurde in den Bezirken Kreuzberg, Pankow und Lichterberg noch je ein Lesesaal zusätzlich eröffnet. Die Lesestuben sind unter den Erwerbslosen deshalb so beliebt, weil sie aktuelles Material enthalten, Zeitungen und Zeitschriften dort gelesen werden können, die sich ein Erwerbsloser heute kaum noch halten kann.

In wenig Worten

Am Montagvormittag hat in Wien ein Selbstmord vom Stephansdom, der zweite, den es seit Menschengedenken gegeben hat, großes Aufsehen hervorgerufen. Ein Mann, ein 33-jähriger Schulwart des Magener Gymnasiums, sprang von der Starhemberg-Galerie des Stephansdoms in die Tiefe und blieb mit zerquetschten Gliedern tot liegen.

In dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam anlässlich des Explosionsunglücks in der Kremnitzer Kunstseidenfabrik am 7. Dezember n. J. liegt nunmehr das Sachverständigengutachten des Professors Dr. Brüning vor. Besterer kommt zu dem Ergebnis, daß bei dem Unglück eine Sprengstoffexplosion vorliegen muß. Etwa 30 Pfund Explosivstoff, dessen Art noch nicht festgestellt werden konnte, müssen dazu benutzt worden sein. Professor Brüning glaubt nicht, daß es sich um einen politischen Sabotageakt gehandelt hat.

Der Fabrikant von Subzenta in Nürnberg wurde in dem Schlafzimmer seiner Wohnung mit seinen beiden Söhnen im Alter von 12 und 14 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Beweggrund zu der Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Der Hamburger Polizei ist es gelungen, zwei falsche Münzwerkstätten, in denen falsche fünf- und Zweimarkstücke hergestellt wurden, aufzuheben. Vier Personen, darunter ein wegen Falschmünzerei bereits Verurteilter, wurden festgenommen.

Siedlung am Ende

Viele Handwerker geschädigt

Die am Adlergestell gelegenen Neubauten, die Adlershof ein besonderes städtebauliches Gepräge geben, sind finanziell so notleidend geworden, daß durch einen Beschluß des Amtsgerichts in Köpenick die Zwangsverwaltung angeordnet ist.

Es handelt sich um rund 350 Wohnungen, von denen nur 35 leer stehen, bei den heutigen Zeiten ein überaus günstiges Verhältnis. Der wirtschaftliche Zusammenbruch eines Dr. Bodenstedt ist auf mangelhafte Geschäftsführung und ungenügende Beaufsichtigung der öffentlichen Hand, die durch Hergabe der Hauszinsverpflichtungen die Bauten ermöglicht hat, zurückzuführen. Die Verschuldung des Dr. Bodenstedt beträgt etwa 8 Millionen Mark. Die Leidtragenden sind neben den Hypothekengläubigern insbesondere die Handwerkergläubiger mit rund einer halben Million Mark und die Mieter mit rund 50 000 Mark ungesicherter, zum Teil zu Unrecht erhobener Mietsicherheiten. Die Dr. Bodenstedtschen Neubauten in Schöneberg Rathaus- bzw. Edisonstraße, sind bereits vor einigen Monaten zwangsversteigert worden.

Für das Memelland

Eine Protestaktion des Memelland-Bundes Berlin erhielt durch die Teilnahme ähnlicher Organisationen, wie des Reichsbundes der Polener, der heimattreuen Oberschlesier und des Saarvereins den Charakter einer Kundgebung für die abgetretenen Gebiete. Fahnen und Standarten der beteiligten Organisationen waren hinter und neben der Rednertribüne aufgestellt, aber obwohl sämtliche Redner sich für die Wiedererringung der verlorenen Gebiete einsetzten und die Treue zum Reich mit starken Worten betonten, konnte man auch an der vorrücktesten Stelle nicht die Farben der deutschen Republik entdecken. Dagegen hatte man sich eine starke Abteilung Jungde in Uniform verschrieben, dessen Farben das Feld hinter dem Präsidium beherrschten. Die Hauptredner des Abends, die geschäftsführende Vorsitzende Frau

Bronner-Hoepfner und Dr. Felix Borchardt, sprachen im ganzen maßvoll und sachlich über die Vorgänge im Memelland. Befordert wurde eine Revision in der Memellfrage, mindestens aber eine Volksabstimmung, die über das Schicksal des Memellandes entscheiden sollte. In einer Resolution wurde betont, daß die Bevölkerung des Memellandes trotz der Vergewaltigung durch die Litauer deutsch gesinnt sei und dem deutschen Volke die Treue halten werde.

Wedding begrüßt Zille

Ausstellung des Bezirksamtes

Es gibt für eines Meisters Werke eigentlich keinen würdigeren Platz, als den, der seinem Schaffen Inhalt und Berufung gab. So ist die Ausstellung von Zilles Meisterwerken, die das Volkswirtschaftsamt Wedding im Bezirksamte Wedding eröffnete, mehr als eine bloße Ehrung der künstlerischen Tat: der Wedding begrüßt Zille.

Hier am Wedding lebten die Menschen, deren Schicksal Zille packte und zur Arbeit entflamte. Unbarmherzig lebenswahr gab er sie wieder, all diese Glendgestalten, die ausgemergelten Mütter und ihre rachitischen Kinder, die jährechten Jungen und die jernharten Alten. Aber es gab noch mehr, er lieferte auch den Text zu all diesen traurigen Bildern: Das Hinterhausmilieu mit seinen engen, modrigen Stuben, mit seinen lichtlosen Höfen, wo alles grau in grau ist, wo alles vertümmern muß. Und so verbindet das Volkswirtschaftsamt Wedding mit dieser Ausstellung neben dem kulturellen auch noch den ethischen Zweck: seht her, so sehen die Menschen aus, die so leben müssen!

Bürgermeister Leid sprach in seiner Eröffnungsrede schlichte, tiefempfundene Worte für den großen Toten, der ein Künstler in des Wortes edelstem Sinne gewesen ist. Dann umriß Stadtrat Rie den Menschen Zille, der groß und einfach, fern von jeder Ruhmeschäuferei, sein Leben lebte, dem die Berufung an die Akademie nicht mehr als ein philosophisches Lächeln und der Geißel der Böttischen Zeitung: „Run ist der Abort- und Kaschemmalmaler Zille Mitglied der Akademie geworden, Mule verhilft dein Angeheißt! höchstens ein mitleidiges Achselzucken entlockt hat. „Ich bin gern am Wedding“, steht in jedem seiner Briefe, die im Original ausgestellt sind.

Die Ausstellung, die sich im Hause des Bezirksamtes Wedding, Müllerstraße 144, befindet ist täglich, auch Sonntags, von 15-19 Uhr geöffnet. Unkostenbeitrag 3 Pfennig.

Hausfrauenkolleg bei Karstadt

Bei Karstadt am Hermannplatz gibt es eine Hausfrauenwoche in Wort und Bild, vor allem aber in der praktischen Darstellung. Es haben sich hier Hausfrauenverein und Gewerbelehrerin, Werklehrerin, Kinderärztin und Heilpädagogin zusammengesetzt, um der Hausfrau aus der Fülle ihrer Erfahrung allerlei praktische Winke und Ratsschläge zu vermitteln. In Vorträgen und Vorführungen wird hier von berufenen Vertreterinnen der Küchenzeitel und das Kochen selbst eingehend erörtert, sowohl im Hinblick auf abwechslungsreiche und dabei doch nahrhafte und billige Speisefolge, wie auch auf eine möglicherweise, zeitsparende Art der Zubereitung. Neben dem Kochen wird das Waschen, das Plätten, das Färben und das Reinemachen gründlich gezeigt. Es werden die besten gewebeschonenden Wasch- und Färbemittel vorgeführt, dann die Apparate, die beim Säubern der Wohnung Kraft und Zeit sparen, und schließlich zeigt der hausfrauliche Lehrkursus „Hilf dir selbst“ in einem kleinen Ausschnitt seines Arbeitsgebietes, wie man all die kleinen, täglich auftauchenden Schäden im Haushalt selbst und daher billig reparieren kann. Daneben ist auch der praktischen Kindererziehung gedacht.

Nehme die Beleidigung gegen Fr. Ilse W. Berlin-Mariendorf, neuvervoll zurück. Buchmann.



Saba Schiffsbilder mit Flaggen!

Die neuen „Saba-Schiffs-Bilder“, die Sie jetzt in den Packungen dieser berühmten Cigarette finden, zeigen in 252 Bildern die Handels- und Kriegs-Flotte der ganzen Welt. Jedes Bild trägt linksseitlich die Handels- oder Kriegs-Flagge des abgebildeten Schiffes.

Das Sammel-Album für die „Saba-Schiffs-Bilder“

ist auf jeder Seite illustriert und hat außerdem herrliche, 4 seitige vielfarbige Zwischen-Beilagen.

Es ist ab 15. Februar

gegen Voreinsendung des Betrages von RM. 1.- von der Garbáty Cigarettenfabrik, Berlin-Pankow, oder in jedem Special-Geschäft zu beziehen. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen und nach Erscheinen in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Die neuen „Saba-Schiffs-Bilder“ finden Sie in den Packungen der Marke

Saba ohne

Etwa noch fehlende Bilder der bisherigen Flugzeug-Serie Ausland erhalten Sie im Tausch bei Einsendung der entsprechenden Anzahl „Saba-Schiffs-Bilder.“

Den Tausch von Flugzeug-Bildern Ausland untereinander im Verhältnis 1:1 haben wir ebenfalls jetzt aufgenommen und bitten wegen des außerordentlichen Andrangs, Tauschanträge schriftlich einzusenden an die Abteilung: Bilder-Dienst der Garbáty Cigarettenfabrik, Berlin-Pankow.

Wie lange noch Erwägungen?

Eine Frage an den Reichsarbeitsminister

Die Neuordnung der Arbeitslosen-
hilfe gehört zu den dringlichsten sozialpolitischen
Fragen, deren Lösung von der Regierung nicht
noch weiter auf die lange Bank geschoben werden
kann. Kirschen hat das Papen-Regiment über
gewirtschaftet als auf dem Gebiet der Arbeits-
losenversorgung. In seiner Programmrede im
Rundfunk hat der Reichsfinanzminister die Befreiung der
Häfen der Rotverordnung vom 14. Juni ange-
kündigt. Bis jetzt fand das Kabinett Schleicher
noch keine Zeit, sich mit der Neuordnung der
Arbeitslosenbetreuung zu befassen.

Allerhand Pläne werden natürlich bei den zu-
ständigen Stellen erwogen. Man spricht von Re-
formplänen der Gemeinden zur Schaffung einer
„Reichsarbeitslosenhilfe“ unter kommunaler
Oberleitung, von der „Auflockerung“ der Arbeitslosen-
versicherung durch Herausnahme bestimmter Berufs-
gruppen wie der Hausangestellten, der Saison-
arbeiter und der Bandarbeiter, von Angestellten-
erhaltungen und ähnlich unerfreulichen Dingen.

Die Regierung Schleicher hat einen Arbeits-
minister, der in der Arbeitslosenfrage hervor-
ragender Fachmann ist. Dr. Syrup hat in
all den Dingen, die zu dem großen Gebiet der
Arbeitslosenbetreuung gehören, ein eigenes Urteil.

Warum geht er nicht endlich daran, in den
Schulthausen, den Herr Papen hinterlassen hat,
wieder einige Ordnung zu bringen

und der nutzlosen Quälerei der Arbeitslosen
wie der Arbeitsamtsangestellten ein Ende zu
machen?

Quälerei? Die Dinge liegen in Wirklichkeit noch
schlimmer. Eigentlich müsste man von einer
böswilligen und staatsfeindlichen Quälerei sprechen.
Man kann annehmen, daß der Reichsarbeits-
minister als Präsident der Reichsanstalt das
Konstrukt von Fragebogen, den heute ein
Arbeitsloser in dreifacher Ausfertigung ausfüllen
muß, nicht selbst verfaßt hat. Aber er hat ihn doch
sicherlich gelesen. Der Arbeitslose, der auf eine
der Fragen eine falsche Auskunft gibt, muß ge-
wärtig sein, daß ihm die Unterstützung gesperrt —
ja, daß er den Gerichten ausgeliefert wird. Und
doch wird es nur wenig Menschen geben, die diesen
Fragebogen wirklich wahrheitsgemäß ausfüllen
können. Der Reichsarbeitsminister würde sicher in
die größte Verlegenheit kommen, wenn er selbst
den Versuch machen wollte, so einen Fragebogen,
gemässmaßen zu seinem Privatvergnügen aus-
zufüllen.

Und dann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung!

Der Reichsarbeitsminister hat an seinen Vor-
gänger unter dem 27. Oktober 1932 ein ebenso
umfangreiches wie vernichtendes Gutachten
über die Hilfsbedürftigkeitsprüfung erstattet. Dr.
Syrup hat gemäß nicht dieses Gutachten vergessen.
Es ist auch ihm klar, daß aus diesem Gutachten
Konsequenzen gezogen werden müssen. Dr.
Syrup ist heute nicht mehr nur ein Beamter, der
ministerielle Verfügungen zur Ausführung erhält.
Er ist selbst der politisch verantwortliche
Minister — wenn auch nur Fach-
minister —, der diese Verfügungen zu erlassen hat.

Und deshalb müssen wir an ihn die Frage stellen,
ob er noch heute wie am 27. Oktober des ver-
gangenen Jahres das Gutachten an den Arbeits-
minister mit seiner Unterschrift deckt.

In den Schlussfolgerungen dieses Gutachtens
steht es, daß die Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch
die großen und mittleren Gemeinden

„eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der Arbeitslosen unmöglich macht“.

Zu derselben Feststellung kommt das Gutachten
gegenüber den kleineren Gemeinden. Und die Aus-
anwendung dieser Feststellungen lautet, man solle
die Hilfsbedürftigkeitsprüfung „etwa entsprechend
der Regelung in der früheren Verordnung über
die Krisenfürsorge“ wieder den Arbeits-
ämtern übertragen.

General v. Schleicher hat den früheren Präsi-
denten der Reichsanstalt doch wohl kaum deshalb
zum Reichsarbeitsminister ernannt, damit er
Papens Scherbenhaufen sorgsam behütet. Diese
Ernenennung ist doch wohl erfolgt in der Annahme,
Dr. Syrup sei der Mann, um schnell und sach-
kundig aufzuräumen.

Der Scherbenhaufen der Papenherrschaft muß
verschwinden. Die Verbitterung der Arbeitslosen
verträgt keine neue Verschleppung. Die Reorgani-
sation der Arbeitslosenhilfe ist überfällig: Aus-
dehnung des Versicherungsanspruchs ohne Be-
dürftigkeitsprüfung, Aufbau einer Reichsarbeits-
losenfürsorge aus Krisenfürsorge und Wohlfahrts-
fürsorge, und zwar bei der Reichsanstalt. Befrei-
gung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung. — Wie lange
sollen die Arbeitslosen noch warten?

Betriebsräte in UGSR.

Kein Interesse für Mißstände

Der „Trud“ (Nr. 2 vom 2. Januar 1933) be-
richtet, daß die Klagen und Beschwerden
der Arbeiter des Eisen- und Stahlwerks
„Stalin“ in Kusnez (Uralgebiet) nicht be-
rücksichtigt werden. Bei einer Prüfung konnte
im Betriebsrat der Fabrik nur eine einzige Klage
entdeckt werden. Dies bedeutet, daß der Betriebs-
rat die Klagen völlig unberücksichtigt läßt und
vielfach sogar nicht annimmt.

Der Arbeiter der Fabrik Demischin schreibt
dem „Trud“, daß der Betriebsrat der Fabrik sich
für Arbeiterklagen überhaupt nicht
interessiert. Im Herbst haben Arbeiter der Fabrik
bei der Einbringung der Gemüseernte in der Ge-
müsegewirtschaft „Bongur“ insgesamt 28.000 Ar-
beitsstage gearbeitet. Eine Nachprüfung ergab, daß
von den 300 in Frage kommenden Arbeitern nur
einige wenige Arbeiter Gemüse erhielten, während
alle Gemüse erhalten sollten. Die Arbeiter, An-
gestellten, Ingenieure und Techniker klagen immer
wieder, machen sachliche Verbesserungsvorschläge
und so weiter, ihre Klagen und Briefe bleiben in-
dessen in den Schubfächern der Be-
triebsräte und der Betriebsleitungen, sowie
der Gewerkschaftsorganisationen stecken.

Auch aus dem Nordkaufasus werden

ähnliche Zustände gemeldet. Besonders schlimm ist
es um die Behandlung der Arbeiterklagen bei
dem Bezirksrat der Sonjergewerkschaften in
Kostom am Don, der Hauptstadt des Nord-
kaufasus, bestellt. Aus Charkow berichtet der
Arbeiter Kosjmin, daß mehrere Arbeiter dort Be-
zugsheine auf Maßschuhe erhalten haben. Die
Arbeiter können indessen auf diese Bezugshaine
hin keine Schuhe erhalten. Wenn die Arbeiter die
Geduld verlieren, so wird ihnen erklärt, sie
könnten zwar Schuhe bestellen, doch würden
sie die Schuhe erst im April 1933 erhalten.

Massenklagen gegen BVO.

Bisher wurden im Zusammenhang mit den
Entlassungen während des Berliner Verkehrs-
streiks insgesamt 2414 Klagen gegen die Berliner
Verkehrsgesellschaft anhängig gemacht. Davon
sind erledigt durch Klagerücknahme 1244,
also rund die Hälfte, durch Vergleich 95, durch
Endurteil 193, auf andere Weise 104, unerledigt
bisher 778 Klagen. Es ergingen Urteile auf Ab-
weisung der Klage in 166, auf Beurteilung der
BVO. in 27 Fällen. Berufung wurde in vier
Fällen eingelegt. Gegen den Betriebsrat
der BVO. schweben 127 Schadenersatzklagen!

Rampf im Siegerland

Die Aussperrung durchgeführt

Die Weigerung der Siegerländer
Metallarbeiter, zu den von den Unter-
nehmern diktierten Hungerlöhnen zu arbei-
ten, hat am Montag in vielen Betrieben zur Aus-
sperrung geführt. Die großen Werke liegen
still. Ausgesperrt sind die Belegschaften des Geis-
weilener Eisenwerkes mit 700 Mann, des Eisener
Walzwerkes in Siegen mit etwa 1300 Mann, des
Walzwerkes der Friedrichshütte in Wehrhahn mit
400 Mann, des Biffener Weichblechwerkes mit
2200 Mann, der Firma Bertram in Siegen mit
150 Mann und einer Reihe weiterer Betriebe mit
Belegschaften von 30 bis 100 Mann. Im Weich-
blechwerk Biffen erschienen am Montag 100 bis
120 Mann zur Arbeit, mit denen eine Walzen-
straße in Betrieb genommen werden konnte,
während sonst 18 Walzenstraßen arbeiten.

RSD. durchgerufft

Die Betriebsrätewahl bei den Wer-
ken der Stadt Halle A.-G. hat den Kom-
munisten eine unerwartet schwere Nieder-
lage gebracht. Die RSD. hatte ihre Agitation
in größtem Umfang betrieben und erhebliche Auf-
wendungen für Propagandamaterial gemacht.
Trotz aller Anstrengungen und trotz schmutziger
persönlicher Verteilungen gegen Funktionäre
der freien Gewerkschaften gelang es den Kommu-
nisten nicht einmal, im Elektrizitätswerk und bei
den Bergwerksbetrieben kommunistische Listen
zu bringen. Bei der Straßenbahn
erhielten die freien Gewerkschaften 607
Stimmen und 8 Mandate; auf die RSD.-
Liste entfielen 58 Stimmen. Die RSD. bleibt da-
mit wie bisher ohne Vertretung im Betriebsrat.
Die Nazis erhielten 72 Stimmen und mit knapper
Not ein Mandat. Im Gas- und Wasser-
werk entfielen auf die freien Gewerkschaften
wieder 6 Mandate, auf die RSD. 1 Mandat.

Unternehmer Berlin

Was man dem Pflegepersonal zumutet

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben:

Seit dem 30. September 1932 sind die Kranken-
schwermern und -pfleger der Berliner Pflege-
anstalten ohne Tarifvertrag. Die mehr-
fachen Bemühungen der Sektion Gesundheitswesen
des Gesamtverbandes, zu einem Vertrags-
abschluss zu kommen, haben nun endlich dazu ge-
führt, daß der Kommunale Arbeitgeberverband
Berlin einen Vertragsentwurf überfand
hat. Dieser Entwurf übertrifft alles bisherige
Gemeinere. Die Monatslöhne des Pflegepersonals
betragen zur Zeit durchschnittlich 120 M.
Nach Abzug der Beiträge für Sozialversicherung
u.ä. bleiben 106 M. Es gibt aber auch einige An-
gestellte, die 90 M. monatlich erhalten und davon
ihren Haushalt bestreiten und ihre Familien unter-
halten sollen. Wie man mit diesen Hungerlöhnen
sich und seine Familie nähren, bekleden usw. soll,
ist ein Geheimnis der hohen Bürokratie, die diese
Sorgen nicht hat.

Man sollte meinen, daß mit diesen unerträglich
niedrigen Monatsbegehren der Sparankommis-
sion der Hauptprüfungsstelle der Stadt Berlin keine
Grenzen gefunden hat. Der neue Vertragsentwurf
fordert aber die Möglichkeit der Arbeitszeit-
verkürzung und die entsprechende Herab-
setzung der Monatsbegehren. Außer-
dem wird Dienstwohnung und Beför-
derung gefordert, die natürlich in Anrechnung
kommen sollen. Daß damit allen Schikanen Tür
und Tor geöffnet ist, sollte aus früherer Zeit be-
kannt sein.

Das Pflegepersonal ist nicht gewillt, derartige
Arbeitsbedingungen auf sich zu nehmen. Diese
Bestimmung lehnt sich eng an die Gemein-
ordnung der Vorkriegszeit an. Sie ist
auch nicht durchführbar, weil einfach nicht genügend
Anstaltswohnungen zur Verfügung stehen. Auch

die Beförderung, die angeboten wird, fordert be-
sondere Kritik heraus, da bekannt ist, daß Anstalts-
leiter sich darum streiten, ob sie den täglichen Be-
förderungssatz von 36 M. auf 49 M. ermäßigen
können! Es kommt noch hinzu, daß dieser einzig-
artige Vertragsentwurf eine monatliche
Vauzeit vorsieht. Bist man noch weitere
Verslechterungen?

Wir fordern die gleiche Bezahlung für be-
amtetes und angestelltes Pflegepersonal.
Es ist heute so, daß bei gleicher Dienstleistung die
beamteten geprüften Krankenpflegepersonen nach
der Gruppe 6a bezahlt werden, die Angestellten in
den ersten fünf Jahren bei der Stadt Berlin aber
in der nächstniedrigen Vergütungsgruppe einge-
reicht sind. Es kommt dann noch hinzu, daß be-
sonders qualifizierte Arbeiter, zum Beispiel die der
Operationspfleger, künftig ebenso bezahlt werden
sollen wie die Arbeiter des sonstigen Pflege-
personals.

Zußerdem besteht die Absicht, mindestens 20 Pro-
zente ungeprüftes Pflegepersonal in den
Heil- und Pflegeanstalten zu beschäftigen. Die hier
beschäftigten Erprobungsleute werden wieder wett-
gemacht durch vermehrtes Ausreten von Unfällen.
Die Unfallziffer ist in der letzten Zeit erheblich ge-
stiegen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die
starke Personalverminderung durch die Abbaumut
der Sparkommission der Hauptprüfungsstelle Zu-
stände in den Heil- und Pflegeanstalten im beson-
deren geschaffen hat, die zu Revolten führen
werden.

Wir warnen jetzt schon dringend vor der
Überfüllung der Forderungen und müssen es
den kommunalen Arbeitgeberverband überlassen,
alle daraus entstehenden Folgen auch gegenüber
der Berliner Bevölkerung zu verantworten.

letzte Gruppenversammlung, in der die Neu-
wahl der Gruppenleitung vorzunehmen war.
Die Kommunisten und mit der KPD. Sympathi-
sierenden, die zum Einheitsverband nicht hinüber-
gewechselt haben, waren nicht einmal in der Lage,
eine vollständige Gegenliste zur Neuwahl der
Gruppenleitung einzubringen. Sie hatten sogar
nicht einmal den Mut, gegen die bisherige
„reformistische“ Gruppenleitung zu stimmen, so
daß diese einstimmig wiedergewählt wurde.
Von der ganzen „Opposition“ ist nur noch eine
Wurfsuppe übrig. Die Feststellung einstimmiger
Wiederwahl wurde von der Versammlung mit
Heiterkeit quittiert.

Wertmeisterappell

Arbeitsbeschaffung / Planwirtschaft

Der Bezirk Brandenburg des Deutschen
Wertmeisterverbandes hatte seine Mit-
glieder zu Sonntagvormittag nach dem Berliner
Konzerthaus „Clou“ gerufen, um sie für den
Kampf mobil zu machen, der zur Wieder-
gewinnung der verlorenen Positionen auf-
genommen werden muß. Dem Rufe ihrer Organi-
sation waren die Wertmeister so zahlreich gefolgt,
daß es schwierig war, sie alle in dem mehrere
tausend Personen fassenden Raum unterzubringen.

Im Mittelpunkt der imposanten Kundgebung
stand ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Ge-
nossen Buchmann. Der Referent gab ein-
leitend einen Überblick über die Geschicke seit
dem historischen 20. Juli des vorigen Jahres, an
dem sich die Reaktion demaskierte. Das Kabinett
Schleicher hat erst sehr wenig von den Trümmern
weggeräumt, die auf dem Papenschen Experi-
mentierfeld geblieben sind.

Trotz der Zerlegung in der RSD. hat die
Arbeiter- und Angestelltenchaft alle Ursache,
wachsam zu sein, denn noch ist die Reaktion
nicht geschlagen. Vor allem müssen die Gewer-
kschaften nicht nur intakt gehalten, sondern noch
gestärkt werden. Die Arbeitslosenver-
sicherung muß wieder zu einer wirklichen
Versicherung werden. In der Angestellten-
versicherung müssen die durch nichts be-
gründeten Leistungserniedrigungen und sonstigen
Verslechterungen wieder rückgängig gemacht
werden. Die Wertmeister sind besonders
hart getroffen worden durch die Erschütterung der
Grundlagen der Wanderversicherung.
Auch hier ist die Forderung nach Wiederher-
stellung des alten Zustandes anzumelden. Für
die Unfall- und Krankenversicherung
gilt das selbe.

Im Arbeits- und Tarifvertragsrecht ist ebenfalls
manche Position verlorengegangen, die es wieder-
zuholen gilt. Der Umgehung des Ründ-
lungsschutzgesetzes durch den Abschluß
sogenannter Kettenverträge muß gleich-
falls der schärfste Kampf der Gewerkschaften an-
gesetzt werden. Neben diesen sozialpolitischen For-
derungen stehen natürlich die, die auf einen Um-
bau der Wirtschaft abzielen. Mit allem
Nachdruck muß im Augenblick die öffentliche
Arbeitsbeschaffung verlangt werden. Der
Redner schloß mit dem Appell, weiter treu zur
freien Gewerkschaftsbewegung zu stehen, die sich
gerade in den letzten sturmbelegten Monaten als
starkes Kraftzentrum gezeigt hat, mit dem die
Begehr der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft doch
mehr rechnen müssen, als sie zu Beginn der
Reaktionsperiode geglaubt haben. Eine im Sinne
der Darlegungen des Referenten gefasste Ent-
schließung wurde einstimmig angenommen.
Die gewaltige Kundgebung wurde wirkungs-
voll umrahmt durch Darbietungen des Wert-
meister-Männerchors.

Die Debatte in Genf

Die Regierungsvertreter beraten

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 16. Januar.

Die Beratungen der Regierungsvertre-
ter über die Resolution zum Abschluß der Bier-
zigstunden-Arbeitswoche-Debatte
sind auch am Montag nicht weitergekommen.
Ueber den zur Beratung stehenden Text läßt sich
zur Zeit nur sagen, daß er die Bierzig-
stundenwoche als geeignetes Mittel zur Ver-
minderung der Arbeitslosigkeit bezeichnet, für die
Erhaltung des Lebensstandards der
Arbeiter einzutreten und den Übergang zur Einzel-
beratung vorzuschlagen wird.

In der Konferenz selbst ließ Polen erklären,
an einer Konvention teilzunehmen, wenn sie in-
ternational und befristet auf die Krise
sei. Holland will sich erst entscheiden, nachdem
durch die technischen Beratungen das ganze
Problem geklärt sei. Der französische Unterneh-
mervertreter Lambert-Nibot erklärte, mehr als 30 Pro-
zent der Arbeiterschaft müßten von der Verfügung
wegen ihrer Spezialarbeiten (!) ausgenommen
werden. Man könne nicht uniformieren. Ar-
beitszeitverkürzung mit Lohnaus-
gleich erschwere die Kapitalbildung und das
Sparen. Aus dem Unternehmensgewinn könne die
Verteuerung nicht bezahlt werden, denn der be-
trage rund etwa 5 Proz. auf die Summe aller
Löhne, und mit allen Lasten zusammen werde die
Verteuerung gut 15 bis 20 Proz. betragen. Im
ganzen ständen sich über die Bierzigstundenwoche
Unternehmer und Arbeiter schroff gegenüber.
England sei dagegen, andere Regierungen suchten
zu vermitteln. Hier aber müsse Farbe bekannt
werden; man könne nur für oder gegen eine Kon-
vention sein.

Demmer-Deutschland begann mit der Frage,
wie lange Europa noch warten solle auf diese
Konferenz für die Lösung der Tagesfragen. Die
Eriahrung in Deutschland habe gezeigt, daß die
Arbeitszeitverkürzung für die Angestellten nur die
Einkommen, aber nicht die Arbeit oder die Ar-
beitslosigkeit vermindert habe. Für die Angestellten
müßte in einem Bierzigstundenabkommen eine
sehr strenge Kontrolle gegen jede Ueberstunde ein-
gefügt werden. Kreis-Deutschland (Arbeiter-
beisitzer) bewies, daß die technische Umstellung
keine Schwierigkeiten machen könne. Vor allem
werde die Landwirtschaft von der größeren Kauf-
kraft der Arbeiterschaft profitieren.

RSD.-Wurfsuppe

In der Gruppe Wurst- und Konserven-
fabriken innerhalb der Berliner Drisser-
waltung des Verbandes der Nahrungsmittel- und
Getränkearbeiter spielte vor nicht sehr langer Zeit
noch die „Opposition“ eine große Rolle. Die
„Fähigkeit“ dieser „Opposition“ äußerte sich jedoch
nur darin, unter den Mitgliedern der Gruppe den
Haß gegen die Gewerkschaftsleitung zu schüren
und es schließlich zur Spaltung der Organi-
sation und zur Gründung der kommunisti-
schen „Einheitsverbandes der Fleischer und Be-
rufsgenossen“ zu treiben. Dieser „Einheitsver-
band“ führt allerdings ein sehr zurückgezogenes
Leben.

Durch die Spaltung der Organisation ist den
Wurst- und Konservenarbeitern ein so gründlicher
Anschauungsunterricht erteilt worden, daß an ein
Aufkommen der „Opposition“ nicht mehr zu denken
ist. Das zeigte wieder mit aller Deutlichkeit die

Deutscher Karneval 1933

Das monarchistische Kostümfest im Sportpalast

Das deutsche Volk hat in Zeiten der Rechtsregierung zwei bunte Ueberrückungen erlebt, als daß es an dem monarchistischen Kostümfest, das am letzten Sonntag im Sportpalast abgehalten wurde, noch sonderlich Anstoß nehmen könnte.

Verdrehte Republikaner in kaiserlichen Uniformen herumlaufen zu sehen, ist für uns eine alte Gewohnheit. Auch die Spigen der Behörden als Komparserie bei einer monarchistischen Galaaufführung wiederzufinden, ist mindestens seit Papen für uns keine Neuigkeit mehr.

Wundern darf man sich aber nicht, wenn das Ausland, und zwar das verständige und durchaus nicht „deutschfeindliche“ Ausland ganz anders darauf reagiert. Und wer diese Wirkungen beobachtet, der müßte eigentlich sehr rasch zu der Erkenntnis kommen, daß sich die Teilnahme der höchsten Autoritäten an Darbietungen solcher Art mit einem echten Begriff von nationaler Würde schlecht verträgt. Entweder man ist für die Republik oder man ist für die Monarchie, aber dieses Mischrepublicanismus mit der auf der Brust und um den Hals getragenen monarchistischen Tradition ist nicht geeignet, der Welt von deutschem Wesen Anno 1933 eine ernste Vorstellung zu geben.

In früheren Zeiten glaubte man draußen — und in manchen Kreisen auch hierzulande — der gleichen bunten, lärmenden Veranstaltungen seien ein Vorzeichen für die baldige Wiedertehr der Monarchie. Dabei weiß doch heute das ganze deutsche Volk — einschließlich eines großen Teils der Teilnehmer an diesen Kostümfesten —, daß schon allein die geistigen und moralischen Qualitäten der zunächst dafür in Betracht kommenden Personen für die Wiedertehr der Monarchie in Deutschland ein unübersteigbares Hindernis darstellen. Auch die meisten Teilnehmer des Kyffhäuserfestes sind von der alles übermächtigenden Talentlosigkeit des Extronprinzen für den Herrscherberuf hundertprozentig überzeugt. Von dem Herrn Papa schon gar nicht zu reden!

Das Schlimmste an solchen Veranstaltungen ist und bleibt ihre innere Unaufrichtigkeit, die notenbigerweise Unruhe im Volke erzeugen muß. Man fragt, was das bedeuten soll und was da gespielt wird — und wenn man zu der Antwort kommt, daß es eigentlich nichts bedeutet, so ist das für die Teilnehmer keineswegs

schmeichelhaft. Das Mißtrauen, das in der republikanisch gefinnten Bevölkerung trotzdem wachgerufen wird und bleibt, kann ihnen aber auch nicht zur Ehre gereichen.

Verantwortlich für den skandalösen Rummel ist der Reichskanzler von Schleicher, der dabei als Reichswehrminister aufgetreten ist — wahrscheinlich in der Absicht, seine Reichswehr „aus der Politik herauszuhalten“. Es scheint, daß der Reichskanzler sehr bald den Ruf des klugen Mannes verliert, den sich der Mann hinter den Kulissen des Reichswehrministeriums erworben hatte!

Vom Krieg der Generale Litzmann tobt gegen Hindenburg

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 16. Januar.

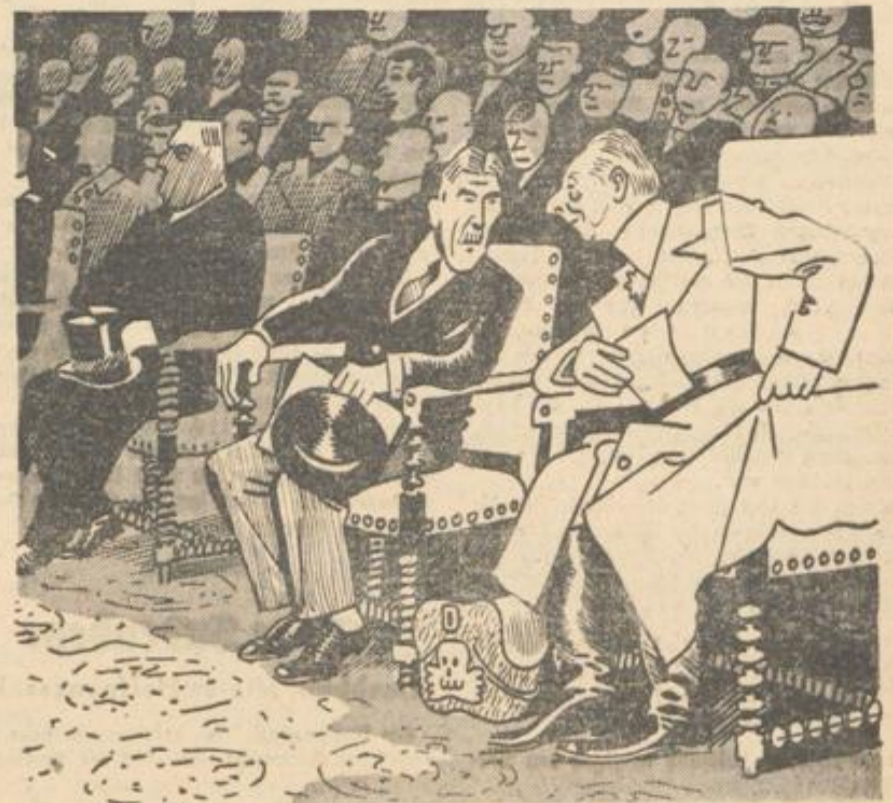
In Wolfenbüttel feierte man am Sonntag das zehnjährige Bestehen der Raftortgruppe. Als Festredner war der General Litzmann direkt aus dem Teutoburger Wald gekommen. Litzmann nannte Hitler den größten Deutschen der Gegenwart, der größer als Bismarck sei und der nur noch mit Luther verglichen werden könne. Sodann griff er Hindenburg in folgender Weise an:

„Ich hätte mich von Herrn von Hindenburg innerlich schon abgewandt, als er am 28. Oktober 1918 den General Ludendorff in die Wüste schicken ließ, ohne auch nur den kleinsten Finger zu rühren für den Mann, dem er seinen ganzen Kriegsruhm verdankt; denn Ludendorff ist einer der größten Feldherren aller Zeiten und Völker. Als Politiker ist er leider verrannt. Ich hätte mich von Herrn von Hindenburg schon abgewandt, als er seinen Kaiser in der Nacht zum 10. November 1918 im Stich ließ. Ich hätte mich abgewandt von Herrn von Hindenburg, als er sich vor Jahren von seinen Wählern abwandte, um sich den Roten und Schwarzen zu ergeben.“

Was alles jedoch den „größten Deutschen“ nicht hindert, um die Gunst Hindenburgs Sturm zu laufen, damit er ihn zum Reichskanzler ernennen möge!

Spuk im Kyffhäuser

Bei der Sportpalastkundgebung des Kyffhäuserbundes mittle u. a. der Exkronprinz mit.



„Sagen Sie, Herr v. Papen, fliegen die Raben noch immer um den Berg?“
„Ich weiß nicht — aber es schleicht so unheimlich.“

Wird Straßer ausgegeschlossen?

Interne Beratungen der NSDAP. nach Lippe

Im „Angriff“ widmet Goebbels dem Wahlergebnis von Lippe einen Artikel, der im wesentlichen aus einer leidenschaftlichen Polemik gegen Gregor Straßer und einer Tolerierung Schleichers besteht. Die 5800 Stimmen, die die NSDAP. mit ungeheurem Aufwand an Geld und Agitationskräften wieder aufgeholt hat, ohne ihren Stand vom 31. Juli wieder erreichen zu können, werden von Goebbels benutzt, um Hitler suggestiv einzureden, daß Hitler recht behalten habe mit seiner Haltung vom 13. August und 25. November. Das soll natürlich heißen, daß Goebbels recht behalten habe gegen Straßer, dem die folgende Polemik gewidmet wird:

„Auch am Rande unserer eigenen Partei gab es einige Neunmalklugen, die da die Ansicht vertraten, das, was die nationalsozialistische Bewegung zahlenmäßig erobern könne, das besäße sie schon, und sie hätte jetzt nur noch die Möglichkeit des Verlierens. Sie müßte deshalb unter allen Umständen, unter weitgehenden Kompromissen, ja unter Verzicht auf ihre im Kampf erhärtete Eigenart, an die Verantwortung herantreten. Diesen Parteidefektisten haben die Lipper Wahlen eine harte Lektion erteilt. Soweit sie nicht unheilbar sind, werden sie jetzt reumütig an ihre Brust schlagen und einzusehen beginnen, daß das Volk niemals schlapp macht, wenn seine Führer stark bleiben, und daß man von der eigenen Schwäche nicht immer auch auf die Schwäche der Massen schließen kann. Die Nachgiebigkeit ist bei jeder revolutionären Politik das Verhängnisvolle, das sich überhaupt denken läßt. Die, die sie vertreten, glauben damit die Weisheit in Erbpacht genommen zu haben; aber sie sind nicht intelligenter als die Konsequenten, sondern nur charakterarmer. Wenn es nach ihnen ginge, dann käme eine große Sache

niemals ganz zum Siege, und die Politik würde immer und überall im faulen Kompromiß erstickten.“

Diese Polemik läßt die wilde Erbitterung von Goebbels gegen seinen Konkurrenten Straßer erkennen. Nach dieser Polemik muß man annehmen, daß der Wahlkampf in Lippe gegen Straßer geführt worden ist und daß rund 10 000 Agitatoren rund 100 000 Wähler bearbeiten mußten, um Hitler zu überzeugen, daß Goebbels recht und Straßer unrecht hat.

Es scheint, daß der Fall Straßer unvereinigt werden soll. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht davon, daß sein Ausschluß aus der NSDAP. bevorstehe.

Hitler ist von Lippe nach Weimar gefahren, wo am Montagmittag eine Konferenz der Gauleiter der NSDAP. stattgefunden hat. Vorher hat Hitler vor der Thüringer SA. eine Rede gehalten, die mit folgenden Sätzen schloß:

„Und wenn auch einer von uns irrsinnig wird, unsere Partei bleibt, aber die Regierung vergeht!“

Meint er Straßer, oder ist er von so düsteren Ahnungen befallen, daß er an sich selber gedacht hat? Denn recht ist die Lippeische Ausrede dahin, jetzt muß er sich entscheiden!

Aus Nazi-Oldenburg. Oberfinanzrat Dr. Rabeling, der den Deutschnationalen nahesteht, wurde in der Freitagssitzung des Stadtrats mit 32 von 41 Stimmen zum Oberbürgermeister von Oldenburg gewählt.

Nach Ungarn aus der Emigration zurückgekehrt ist Pfarrer Höck, der an der Herbstresolution 1918 tätig teilgenommen hat. Am 19. Januar wird gegen ihn wegen mehrfacher Schmähung der ungarischen Nation verhandelt. Er ist in Haft.

Löbe — Freytagh-Loringhoben

Ein Rundfunkgespräch über autoritäre und parlamentarische Staatsführung

Löbe und Freytagh-Loringhoben debattieren gestern im Rundfunk über autoritäre und parlamentarische Staatsführung. Ein Sozialdemokrat und ein Deutschnationaler, ein Balte und ein Schlesier, ein Baron und ein Autodidakt. Leicht hatte es keiner von beiden: der Deutschnationaler nicht, weil neun Zehntel des deutschen Volkes von seiner „autoritären“ Staatsführung längt die Nase voll haben, der Sozialdemokrat nicht, weil das Bekenntnis zum demokratischen Parlamentarismus für ihn zwar eine praktische Selbstverständlichkeit, aber durchaus nicht Kern und Stern seiner sozialistischen Ueberzeugung ist.

Interessant war, daß der Deutschnationaler erhebliche Konzessionen an die Demokratie zu machen genötigt war: will er doch auch die autoritäre Staatsführung von einem demokratischen Akt der Volkswahl des Reichspräsidenten ausgehen lassen. Das ist ein Abrücken vom eigentlichen Grundgedanken der autoritären Staatsführung, nämlich vom Gedanken einer über das Volk gesetzten gottgewollten Autorität, eben vom monarchistischen Gedanken, zu dem seine Partei sich sonst programmatisch bekennt.

Auch sonst zeigte Herr von Freytagh-Loringhoben eine sonst kaum bei ihm gewohnte Bescheidenheit. Wenn er glaubt, alle Uebel des deutschen öffentlichen Lebens durch Beseitigung des Artikels 54 der Reichsverfassung beheben zu können, der für jede Regierung das Vertrauen des Parlaments fordert, so muß man sich wundern, daß ein geschulter Staatsrechtler so am Formalen hängen bleiben kann. Ein Parlament, das einen starken Mehrheitswillen besitzt und ihn durchsetzen will, braucht dazu keinen Artikel 54. Umgekehrt zeigt die Gegenwart, daß dieser Artikel der Verfassung für ein schwaches Parlament durchaus keine Machtquelle darstellt.

Durch Löbes überlegene Dialektik in die Enge getrieben, rettete sich Freytagh auf ein Kompromiß. In ruhigen Zeiten könne man sich der parlamentarischen Staatsführung anvertrauen, aber in stürmischen sei die autoritäre am Platze. Er brauchte nur einen Schritt weiterzugeben, um einzusehen, daß das parlamentarische System durch die Unterwühlung von rechts her in Not geraten ist und daß man aus dieser Not nicht nur eine Tugend, sondern auch eine Theorie, eben die von der „autoritären“ Staatsführung, zu machen vermag hat.

Daß diese Theorie, auch im Munde eines ihrer gewandtesten Vertreter, nicht gerade verführerisch wirkt, hat die gestrige Aussprache klar erkennen lassen. Das Volk lehnt sich längst an dem autoritären Schwindel heraus. Der Weg hat ihm

gestern ein Mann gezeigt, den man den Meister des praktischen Parlamentarismus in Deutschland nennen kann: der Sozialdemokrat Paul Löbe.

Staatspartei für Nazis!

Nazi-Bürgerblockpräsidium Dresden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Dresden, 16. Januar.

Im Gegensatz zu Leipzig und Chemnitz, die ein sozialistisch-kommunistisches Stadtverordneten-Präsidium erhalten hatten, hat sich Dresden heute ein nationalsozialistisch-bürgerliches Präsidium geleistet. Dieses Ergebnis ist dadurch zustande gekommen, daß Staatspartei und Zentrum sich dazu bereit gefunden haben,

um den Indosohn eines Stadtratmandates für die Staatspartei mit den Nationalsozialisten zusammen

für ihren Kandidaten Dr. Kluge zu stimmen, der mit 39 Stimmen über unseren Genossen, den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Böllig, siegte, der 22 Stimmen erhielt, während der Kommunist Gabel 13 Stimmen erhielt. Mit gleicher Mehrheit wurde zum ersten Stellvertreter der Deutschnationaler Paul und zum zweiten Stellvertreter der Volksparteier Dr. Thürmer gewählt. Die Staatspartei, die nun ein Stadtratmandat erhält, hatte vor noch nicht zwei Jahren die Wahl des Staatsparteilers Klitz zum Oberbürgermeister nur der SPD. zu danken.

Bombenverbrecher entwischt

Was in Klaggestan möglich ist

Braunschweig, 16. Januar.

In Braunschweig ist wieder ein Bombenverbrecher entwischt. Nachdem erst vor wenigen Wochen der jugendliche Bombenwerfer Klaus Hantel aus der Fürsorgeanstalt Eckartsheim bei Blefeld geflohen war, ist am Montag der 24jährige Musiker Mez Heimerl aus Kallmünz, Mitglied der Braunschweiger SS., aus dem Landeskrankenhaus in Braunschweig geflohen. Heimerl war angeblich so krank, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Er war aber nicht so krank, daß er nicht entfliehen konnte. Die Bombenattentate gegen Arbeiterwohnungen, an denen Heimerl beteiligt war, erfolgten im August 1932.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!

Gold- und Silber-Schmiede

Donnerstag, den 19. Januar 1933, abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresden, Straße 45

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht.

2. Branchen-Angelegenheiten.

3. Beschiedene.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Donnerstag, den 19. Januar 1933, abends 7 Uhr, im Verbindungshaus, Eisenstraße 43-45, Eingang B, Stößer Straße 80-82

Branchen-Versammlung

aller im DMV. organisierten Eisen- und Revolverdreher, Dreherinnen und Randschleifer

Tagesordnung:

1. „Wo hin treiben wir?“

Referent: Fritz Kummer, Schriftleiter der Metallarbeiter-Zeitung

2. Branchenanliegenheiten und Beschiedene.

Die arbeitlosen Kollegen sind besonders eingeladen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Was ist „Kentucky“?

Der Kentucky-Tabak gibt dem Villiger-Stumpfen die eigenartige Würze. Ohne ihn wäre die ausgezeichnete Qualität des Villiger-Stumpfens wie eine Suppe ohne Salz. Aus jahrzehntelanger Praxis kennen wir auch alle Distrikte, wo die feinsten Kentuckys wachsen und wählen mit peinlicher Sorgfalt die passenden Jahrgänge.



Villiger-Stumpfen sind etwas Besonderes!

Preislagen 8, 10 und 15 Pfg.

Fabrik-Lager Hedemannstr. 22. Bergm. 2370

